
Stadt Zürich
Geschäftsbericht 2005
Sozialdepartement

Inhaltsverzeichnis

Die wichtigsten Betriebskennzahlen im Überblick	2
Budget und Laufende Rechnung	2
Personal	2
Transferleistungen 2004: total 327,6 Mio. Franken netto	3
Zusatzleistungen zur AHV und IV und wirtschaftliche Sozialhilfe, brutto (in Mio. Fr.)	3
Zentrale Verwaltung	4
Arbeitslosigkeit: das Thema Nummer eins	4
Die Antwort des Sozialdepartements: Neuausrichtung der Arbeitsintegration	4
67 Prozent Ja-Stimmen für den Ausbau der Kinderbetreuung	4
Legislatorschwerpunkt Jung & Alt Stadt	5
Die Asyl-Organisation Zürich wird eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt	5
Zentrale Ressourcendienste	7
Fokussierung des Geschäftsberichts 2005	7
Erweiterung des Leistungsauftrags auf 1. Januar 2005	7
Integration des Supports für die SEB	7
Namensänderung von Zentrale Ressourcendienste in Support Sozialdepartement	8
Berufsberatung / Laufbahnzentrum (LBZ)	9
Lehrstellenproblematik	9
Job Plus: Angebot verdreifacht	9
Berufslehrverbund Zürich: Lehrstellenschaffung im Verbund	10
Kostenpflichtige Erwachsenenberatung	10
Berufsinformationszentrum, Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit	10
Stipendien: Kombination zwischen öffentlichen und privaten Geldquellen	10
Asyl-Organisation Zürich	11
Weiterer Rückgang der Zahlen im Asylbereich	11
Abbau von Strukturen und Arbeitsplätzen	11
Neue Aufgaben im Asyl- und im Migrationsbereich	11
Umwandlung der Asyl-Organisation Zürich in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt	11
Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	12
75 Jahre Zusatzleistungen der Stadt Zürich – eine Erfolgsgeschichte	12
Fallzahl- und Aufwandentwicklung im Überblick	13
Soziale Dienste Zürich	14
Abschluss der strukturellen Reorganisation und laufende Entwicklung der Qualität der Dienstleistungen in den Sozialen Diensten Zürich	14
Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe weniger steil	14
Sozialbehörde	14
Leichter Anstieg der Fälle in der Jugend- und Familienhilfe, rückläufiger Trend in den Pflegeverhältnissen und dritte Ausbautetappe in der Schulsozialarbeit	15
Deutlicher Anstieg der Fallzahlen im zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutz (vormundschaftliche Massnahmen)	15
Gemeinwesenarbeit (GWA) und Soziokultur unterstützen Bevölkerungsgruppen in ihren Anliegen für ein lebenswertes Quartier und Zusammenleben	16
Soziale Einrichtungen und Betriebe	18
Erfolgreicher Start	18
Zukunftsfähige Angebote durch vernetzte Arbeitsweise / Allianzen mit der Wirtschaft	18
Im Dialog mit Anwohnerinnen und Nachbarn	19
Familienherberge, Streetwork an Schulen und Atelier Blasio: Beispiele einer flexiblen Angebotsentwicklung	20
Change Management	20
Wegbereiter für die Ausbildung «Fachfrau/Fachmann Betreuung»	21
Tabellen	22
Unerledigte Motionen und Postulate	38
Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate	40

Die wichtigsten Betriebskennzahlen im Überblick

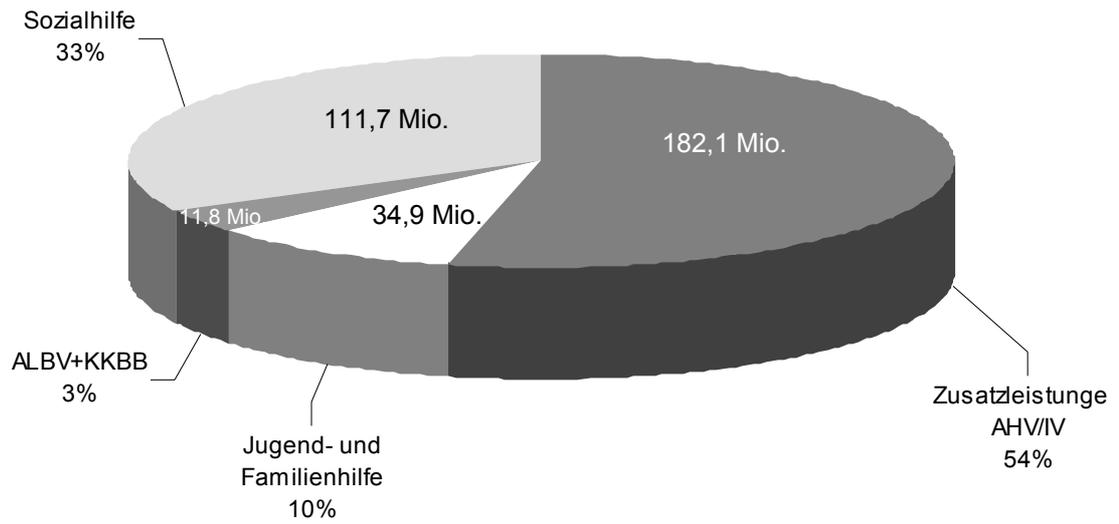
Budget und Laufende Rechnung

	Rechnung 2005 Mio. SFr.	Rechnung 2004 Mio. SFr.	Rechnung 2003 Mio. SFr.
Personalaufwand	157 723 160	151 842 725	146 192 112
Teilnehmerentgelte	2 181 627	1 997 913	2 196 365
Sachaufwand	28 976 131	27 048 723	26 342 169
Informatikaufwand	10 758 721	10 776 031	10 203 253
Raumaufwand	27 558 920	27 245 572	23 436 659
Übriger Aufwand	5 327 775	4 274 945	4 367 498
Transferleistungen	725 096 290	693 290 462	620 686 225
Zusatzleistungen zur AHV	373 431 850	359 796 335	330 202 582
Sozialhilfe	283 677 973	267 427 505	234 005 246
Jugend- und Familienhilfe	44 876 949	43 463 641	35 655 078
Alimentenbevorschussung	10 879 261	11 030 016	10 366 087
Kleinkinderbetreuungsbeiträge	4 275 804	4 114 656	3 956 564
Vermittlungen	7 954 453	7 458 309	6 500 668
Beiträge an Institutionen	46 381 746	46 458 326	44 487 271
Querschnittskosten	5 348 208	5 311 227	5 420 200
Interne Verrechnungen	26 517 041	18 945 756	19 178 483
Bruttoaufwand	1 035 869 620	987 191 680	902 510 235
Erträge	-55 055 158	-60 485 413	-66 316 352
Rückerstattungen Transferleistungen	-384 544 538	-365 725 122	-329 634 361
Interne Verrechnungen	-26 588 363	-19 016 470	-19 178 483
Nettoaufwand	569 681 561	541 964 675	487 381 039

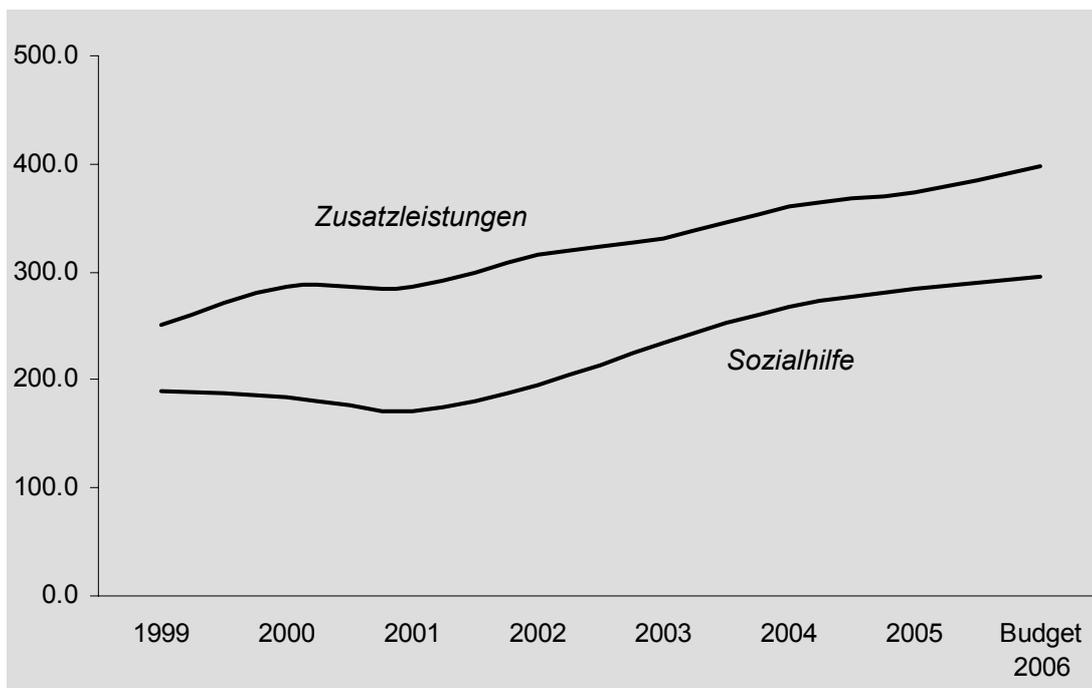
Personal

	Jan. 2005	Jan. 2004	Jan. 2003
Festangestellte	1 728	1 720	1 634
Frauen	1 125	1 131	1 070
Männer	603	589	564
Stellenwerte	1 209,15	1 230,83	1 179,80
Frauen	746,64	762,10	728,48
Männer	462,51	468,73	451,32
Frauenanteil im Kader in %	42	45	46
Durchschnittsalter	44,6	44,1	43,5
Frauen	44,3	43,9	43,5
Männer	45,0	44,4	43,7
Durchschnittlicher Beschäftigungsgrad in %	70	70	73
Frauen	66	66	70
Männer	77	78	79
Personal in Ausbildung	151	142	119
	2005	2004	2003
Fluktuationsquote in % (nach Stellenwerten)	6,0	6,0	8,9

Transferleistungen 2005: total 340,5 Mio. Franken netto



Zusatzleistungen zur AHV und IV und wirtschaftliche Sozialhilfe, brutto (in Mio. Fr.)



Zentrale Verwaltung

Arbeitslosigkeit: das Thema Nummer eins

Das Jahr 2005 war wiederum stark geprägt von der Sorge vieler Menschen um Arbeit. Auch wenn sich die offiziellen Arbeitslosenzahlen zurückbildeten oder zumindest stabil blieben, zeigte der nochmalige Anstieg der Sozialhilfefälle im Juni (9346 Fälle), das tatsächliche Ausmass des Problems. Besonders alarmierend ist die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Zahl der Jugendlichen, die nach Abschluss ihrer Schulzeit keine Lehrstelle finden oder nicht einmal in eine Zwischenlösung übertreten können, wächst. Für sie ist das Risiko gross, keinen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit zu finden und letztlich auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Die im Vergleich zu allen Personen im Erwerbsalter mit rund 9 Prozent um etwa ein Drittel höhere Sozialhilfequote der 18 bis 25-Jährigen widerspiegelt dieses Problem sehr deutlich.

Die Antwort des Sozialdepartements: Neuausrichtung der Arbeitsintegration

Die fehlenden realen Chancen auf dem Arbeitsmarkt für viele SozialhilfebezügerInnen, für Jugendliche und junge Erwachsene mit geringem schulischen Rucksack oder auch mit sozialen Problemen brachten die Vorsteherin des Sozialdepartements zur Überzeugung, nicht länger auf eine allfällige Besserung der Wirtschaftslage warten zu können. Aus der Erkenntnis heraus, dass der Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht für alle Menschen ausreichend Beschäftigung bieten wird, galt es, nebst der Fortführung und Weiterentwicklung bewährter Angebote wie etwa Qualifizierungsprogramme, Bewerbungcoaching, direkte Stellenvermittlung, gemeinnützige Einsatzplätze, spezifische Programme für Jugendliche und junge Erwachsene, Neues zu wagen.

Kern der gesamten Neuausrichtung der Arbeitsintegration bildet die Schaffung von so genannten Teillohn-Jobs. Damit soll den bisher von der Arbeit ausgegrenzten Menschen wieder ein neuer Zugang eröffnet werden. Es sollen auch wegrationalisierte Nischenarbeitsplätze neu geschaffen werden sowie zusätzliche Beschäftigungen entstehen in Bereichen, welche nicht (mehr) profitabel erscheinen und damit bestehende Arbeitsplätze nicht konkurrenzieren. Die Höhe der Teillöhne bemisst sich an der Produktivität der Arbeitenden; das mit Teillohn-Jobs erzielte Einkommen soll mit Sozialhilfeleistungen auf den effektiven Bedarf gemäss den Richtlinien der SKOS ergänzt werden. Der Nutzen der Teillohn-Jobs ist vielfältig: Gesellschaftlich betrachtet bleibt die soziale Integration von ausgesteuerten Erwerbslosen erhalten, und es werden sinnvolle Leistungen angeboten, bei denen die vorhandenen Ressourcen produktiv eingesetzt sind. Für die Teillohn-Arbeitenden ist es wichtig, dass sie einen Teil ihres Existenzbedarfs selbst verdienen können und wieder der Sozialversicherung angeschlossen sind. Für die Stadt Zürich liegt der Nutzen darin, dass mehr Arbeitsintegrationsplätze bei gleichbleibenden Kosten bereitgestellt werden können, was einer geringeren Nettobelastung pro Platz entspricht.

Teillohn-Jobs sollen auf drei Wegen geschaffen und gefördert werden: Es wird eine spezielle Trägerschaft mit Beteiligung der Wirtschaft zur Förderung von Sozialfirmen gegründet; es werden Leistungsvereinbarungen mit privaten gemeinnützigen Trägerschaften zum Aufbau von Teillohn-Jobs abgeschlossen und eigene Betriebe des Sozialdepartements werden entsprechend umgebaut.

67 Prozent Ja-Stimmen für den Ausbau der Kinderbetreuung

Im Juni 2005 wurde der Gegenvorschlag des Gemeinderates zur Volkinitiative «Kinderbetreuung konkret» mit einem komfortablen Ja-Stimmenanteil von 67 Prozent angenommen. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass den Zürcherinnen und Zürchern eine qualitativ gute und innovative ausserhäusliche Kinderbetreuung mit ausreichendem Platzangebot wichtig ist und sie auch bereit sind, darin zu investieren. Das bedeutet nicht, dass lediglich weitere Krippen- und Hortplätze nach traditionellem Modell geschaffen werden sollen; auch einfachere, niederschwellige Angebote wie Hütedienste, Mittagstische, Informations- und Austauschstellen in den Quartieren können manchen Bedarf sehr gut und vor allem preisgünstig abdecken.

In einem ersten Schritt zum Ausbau der Kinderbetreuung hat der Gemeinderat bereits im November eine Aufstockung des bisherigen Rahmenkredits über 25 Millionen auf 29 Millionen Franken für das Jahr 2006 bewilligt. Hiermit soll das Angebot in den neuen stark wachsenden Stadtteilen von Zürich

Nord erweitert werden. Ziel ist auch, Erfahrungen mit neuen Formen der Kinderbetreuung zu machen, bei welcher vor allem das Engagement der Quartierbewohnerinnen und -bewohner gezielt unterstützt wird.

Ein weiterer Schritt zur Umsetzung der Volksabstimmung wird die Ausarbeitung einer Verordnung sein, in welcher genauer umschrieben wird, wie und unter welchen Bedingungen die Kinderbetreuung mit öffentlichen Mitteln gefördert werden soll und in welcher Form die Eltern finanziell an der Kinderbetreuung zu beteiligen sind.

Legislaturenschwerpunkt Jung & Alt Stadt

Bei den generationenverbindenden Aktivitäten standen zwei Projekte im Vordergrund: «*GenerArt*» war ein öffentlicher, kultureller Anlass im X-TRA, Limmathaus, bei dem Laien aus beiden Generationen als Chor auftraten, ein eigens inszeniertes Tanztheater und ein Sprechtheater aufführten. Der Publikumserfolg war gross, mehr als 600 Gäste füllten den Saal bis zum letzten Platz. Mit «*Generator*» wird in den Quartieren Witikon und Riesbach eine Jobvermittlung für Jugendliche aufgebaut, die auf Arbeiten bei Seniorinnen und Senioren ausgerichtet ist. Getragen und durchgeführt wird dieses Pilotprojekt von Pro Juventute und Pro Senectute gemeinsam; zur Finanzierung dieses neuartigen Vorhabens konnte die gemeinnützige Stiftung ACCENTUS mit einem Beitrag aus dem Fürsorgefonds TRAUGOTT gewonnen werden.

Die Arbeiten an den Grundlagen für ein Jugendkonzept sind weiter vorangeschritten. Dabei zeichnet sich aufgrund einer breit geführten Diskussion mit Fachleuten der Verwaltung, kirchlicher und privater Trägerschaften ab, dass aufgrund der bereits vielfältigen Angebote, des breiten Wissens und des reichen Erfahrungsschatzes keine gross angelegte Analyse mit umfassendem Massnahmenplan vorzusehen ist. Hingegen sollen geeignete Gefässe und verbindliche Verfahren für die kontinuierliche Thematisierung von Fragen und Problemlagen im Bereich Kinder und Jugend eingerichtet werden. Dieser skizzierte Ansatz wird als viel versprechender, zielführender und ressourcenschonender beurteilt.

Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit bildete einen weiteren Schwerpunkt. Hervorzuheben ist der erfolgreiche Effort zum Schaffen neuer Lehrstellen sowie der dringend nötige weitere Ausbau des Motivationssemesters Job Plus auf 170 Plätze. Im Rahmen der gesamten Neuausrichtung der Arbeitsintegration werden zudem Programme entwickelt, durchgeführt und ausgewertet, welche für Jugendliche und junge Erwachsene bestimmt sind, die aufgrund ihrer schulischen und persönlichen Qualifikationen im Rahmen der bisherigen Angebote kaum den Einstieg in eine Berufsausbildung oder Erwerbsarbeit geschafft haben.

Die Asyl-Organisation Zürich wird eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt

Im Juni 2005 haben die Stimmberechtigten der Umwandlung der Asyl-Organisation in eine selbständige öffentlich-rechtlich Anstalt mit einem Ja-Stimmenanteil von 71 Prozent sehr deutlich zugestimmt. Damit kann die Asyl-Organisation Zürich per 1. Januar 2006 in eine Rechtsform überführt werden, die es ihr erlaubt, flexibel auf die sich laufend ändernden Herausforderungen des Asylbereichs zu reagieren. Die politische Steuerung der Asyl-Organisation Zürich liegt auch künftig bei Stadtrat und Gemeinderat und die Aufrechterhaltung der fachlichen Standards im Asylwesen ist garantiert.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wurden die zahlreichen Vorbereitungsarbeiten für die Überführung in die neue Rechtsform vorgenommen. Zentral war die Wahl des Verwaltungsrates durch den Stadtrat nach den Sommerferien und dessen Ermächtigung, die notwendigen Vorbereitungsarbeiten unverzüglich an die Hand zu nehmen. Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen:

- Monika Stocker, Stadträtin, Vorsteherin des Sozialdepartements (Präsidentin)
- Martin Vollenwyder, Stadtrat, Vorsteher des Finanzdepartements
- Peter Arbenz, Unternehmensberater, ehemaliger Delegierter des Bundesrates für Flüchtlingsfragen (Vizepräsident)
- Isabelle Häner Eggenberger, Rechtsanwältin, Privatdozentin Universität Zürich, ehemalige Präsidentin des Zürcher Verfassungsrates
- Fiammetta Jahreiss-Montagnani, Schulleiterin, Gemeinderätin Stadt Zürich, ehemalige Präsidentin der Bürgerrechtskommission

- Sandra Lavenex, Assistenzprofessorin am Institut für Politikwissenschaft Universität Bern, Expertin für Migrations- und Europafragen
- Silvio Ponti, Sika AG, Mitglied der Konzernleitung

Im August 2005 nahm der Verwaltungsrat seine Arbeit mit grossem Engagement auf. Wichtige Entscheide von Verwaltungsrat und Stadtrat betrafen die Unterzeichnung und Genehmigung des Gesamtarbeitsvertrages für das Personal der Asyl-Organisation, die Verabschiedung des Organisations- und des Finanzreglements und den Auftrag für die Leistungen zugunsten der Stadt Zürich. Dabei handelt es sich einerseits um Pflichtleistungen im Bereich der Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden, zum anderem um Leistungen für spezifische städtische Integrationsbedürfnisse, die im Hinblick auf ein gutes und gedeihliches Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich von eminenter Bedeutung sind.

Zentrale Ressourcendienste

Fokussierung des Geschäftsberichts 2005

2005 stand für die Zentralen Ressourcendienste (ZRD) im Zeichen des auf die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) erweiterten Leistungsauftrags. Der diesjährige Geschäftsbericht ist auf diese Veränderung fokussiert.

In ihrem Kerngeschäft engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZRD sehr erfolgreich in der Umsetzung des bisherigen Leistungsauftrags. Dazu gehörten die operativen Aufgaben im Tagesgeschäft und die Mitarbeit in zahlreichen Projekten des Departements und der städtischen Gesamtverwaltung. Hervorzuheben sind das Projekt Fallmanagement und die IT-Strategie sowie das städtische Führungsmodell, das Projekt Delphi und SBR 3000.

Erweiterung des Leistungsauftrags auf 1. Januar 2005

Der Stadtrat beschloss 2004, die beiden Dienstabteilungen Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM) und Amt für Soziale Einrichtungen (ASE) auf den 1. Januar 2005 zur neuen Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) zusammenzuführen und den Support in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur (teilweise) für die SEB in die ZRD zu integrieren. Gleichzeitig ging auch die Verantwortung für den Empfang des Sozialdepartements im Verwaltungszentrum Werd und der Telefonzentrale des Sozialdepartements an die ZRD über.

Die folgende Abbildung zeigt schematisch die Entwicklung der Zuständigkeit der ZRD für den Support im Sozialdepartement:

	Personal	Finanzen	Informatik	Controlling & Infrastruktur ¹	Recht
Zentrale Verwaltung	●	●	●	●	
Soziale Dienste	●	●	●	●	●
Soziale Einrichtungen und Betriebe	■	■	■	■	●
Zentrale Ressourcendienste	●	●	●	●	●
Amt für Zusatzleistungen				■	
Berufsberatung	•				
Asyl-Organisation					•

ZRD ist zuständig für den Support

● umfassend seit 2001 ■ umfassend seit 2005 • teilweise seit 2001 ■ teilweise seit 2005

Drei betriebliche Indikatoren im Vergleich:

Aufwand in der Laufenden Rechnung: 26,5 Mio. Fr. (19,0 Mio. Fr.)

Anzahl bewilligte Stellenwerte: 119,6 (85,6)

Anzahl Mitarbeitende in den Partner-Dienstabteilungen²: 1597 (88% des SD) (847 (48% des SD)).

Integration des Supports für die SEB

Die Integration lässt sich in fünf weitgehend parallel laufende Aufgaben aufteilen:

- Definition der Dienstleistung
Im Wesentlichen erfolgte die Vereinbarung mit den SEB über den Bezug von Dienstleistungen von den ZRD bereits im Frühsommer 2004. Sie bildete die Basis für die Übertritte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem EAM und dem ASE zu den ZRD sowie für die Bestimmung des Übertrags des Budgets und der Stellenwerte.

¹ Zu Controlling & Infrastruktur gehören Dienstleistungen in den Bereichen Finanzcontrolling, Raum, Telefon, Empfang, Elternbeiträge und Teilnehmenden-Administration.

² MA-Bestand jeweils per Dezember in folgenden Dienstabteilungen: 2004 = ZV, SOD und ZRD; 2005 = wie 2004 und zusätzlich SEB

2005 klärten SEB und ZRD den Leistungsbezug im Detail. Zum Teil ging es um terminliche Vereinbarungen (z. B. ab wann die Personalrekrutierung über die Abteilung Personal der ZRD erfolgen konnte), zum Teil ging es um einzelne Aufgaben (z. B. in welchem Umfang der Empfang Sekretariatsarbeiten für die SEB übernehmen sollte). Vereinbart wurden insbesondere auch die prioritären Projekte in den Bereichen Personal, Finanzen und Informatik (z. B. galt es per 1. Januar 2006, eine ganze Reihe neuer Personalreglemente in Kraft zu setzen).

- **Gestaltung der Dienstleistungsprozesse**
Die ZRD definierten 2002 erstmals die Dienstleistungsprozesse in ihren Abteilungen und stimmten diese in einer Verifikation auf den Bedarf der Sozialen Dienste (SOD) und der Zentralen Verwaltung (ZV) ab. Daraus resultierte ein Katalog, in welchem sämtliche Dienstleistungen der ZRD festgehalten sind. Die Dienstleistungen der ZRD für die SEB und die Rollenteilung weichen zum Teil von diesem Katalog ab. Deshalb wurde ein eigener Katalog für die SEB erarbeitet. Zwischen SEB und ZRD konnte bis Ende 2005 der Grossteil der Dienstleistungsprozesse verifiziert werden. Es galt, die Zuständigkeit und Verantwortung für das Auslösen einer Dienstleistung, für die Federführung, für die Mitarbeit und für den relevanten Entscheid zu vereinbaren. Die Verifikation wird Anfang 2006 beendet sein.
- **Aufbau der Abteilungs- und Teamstrukturen**
Abgestimmt auf die vereinbarten Dienstleistungen und Abläufe konnten die per 1. Januar 2005 gebildeten Abteilungs- und Teamstrukturen im Verlauf des Jahres bestätigt bzw. angepasst werden. Hier folgten die ZRD im Grundsatz der bisherigen Aufbau-logik: Die operativen Bereiche folgen der Struktur der SEB und der bisherigen PartnerInnen, während die projektbezogenen Bereiche als Teams zusammenbleiben und so für alle PartnerInnen der ZRD zuständig sind.
- **Standardisierung der Arbeitsinstrumente und -methoden**
Die Mitarbeitenden aus dem EAM und ASE brachten aus ihren bisherigen Dienstabteilungen unterschiedliche Arbeitsinstrumente und -methoden mit. In der Informatik waren dies z. B. viele verschiedene Hard- und Software-Einrichtungen, im Personal wurden unterschiedliche Methoden, z. B. bei Bewerbungsgesprächen, angewendet. In zahlreichen Projekten mussten oder müssen diese Instrumente und Methoden unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderungen der PartnerInnen standardisiert werden.
- **Entwicklung der neuen Arbeitskultur**
Die Integration der ehemaligen ASE- und EAM-Mitarbeitenden bedeutete für diese neben den vielen neuen Aufgaben auch viele Änderungen in ihrem Arbeitsalltag. Alle mussten den Arbeitsort und -platz wechseln, fast alle erhielten eine neue Chefin oder einen neuen Chef, für die meisten änderten mehrere Reglemente usw. Vorgesetzte und MitarbeiterInnen unternahmen und unternahmen zahlreiche Anstrengungen, um die Entwicklung der neuen Arbeitskultur zu erleichtern. Vielen Mitarbeitenden gelang diese grosse Umstellung schnell und gut.

Namensänderung von Zentrale Ressourcendienste in Support Sozialdepartement

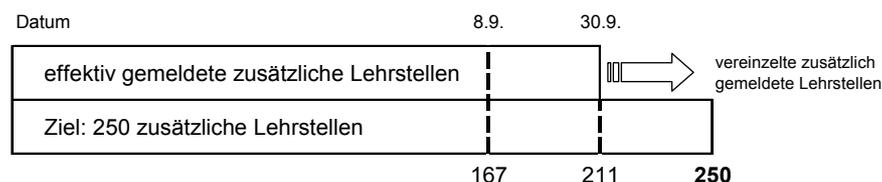
Die Beschlüsse des Stadtrates zum neuen städtischen Erscheinungsbild (Wortmarken) und der wesentlich umfassendere Leistungsauftrag führten zu einer Änderung des Dienstabteilungs-Namens: Aus ZRD wird auf den 1. Januar 2006 Support Sozialdepartement (SDS).

Berufsberatung / Laufbahnzentrum (LBZ)

Die Aufgaben einer modernen Berufsberatungsstelle betreffen immer mehr die ganze berufliche Laufbahn, von der ersten Berufswahl mit 15 über verschiedene berufliche Übergänge im Laufe eines Arbeitslebens bis hin zur Gestaltung der letzten Berufsphase für Menschen über 50. Konsequenterweise wurde deshalb die Bezeichnung der Dienstabteilung, die seit 1919 besteht und immer den Begriff «Berufsberatung» enthielt, auf 1. Januar 2006 umbenannt in «Laufbahnzentrum». Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Stadt Zürich nicht nur eine Berufsberatungsstelle führt, sondern ein Zentrum mit vielfältigen Dienstleistungen rund um die Laufbahngestaltung sowohl für Jugendliche als auch Erwachsene.

Lehrstellenproblematik

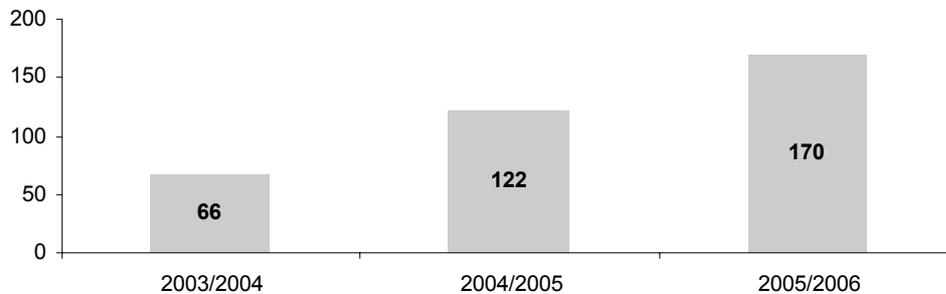
Obwohl in den letzten Jahren die Ausbildungsbereitschaft von Gewerbe- und Industriebetrieben zugenommen hat, verfügt das Laufbahnzentrum auf dem Platz Zürich immer noch über zu wenig Lehrstellen. Dies, weil in den letzten Jahren die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger kontinuierlich gestiegen ist und sich wegen der Lehrstellenproblematik seit dem Jahre 1994 immer mehr junge Menschen in Zwischenlösungen befinden und sich so neben den aktuellen Schulabgängerinnen und Schulabgängern auch noch Lehrstellensuchende aus den letzten drei Jahrgängen auf das aktuelle Angebot bewerben. Die Situation ist sehr unbefriedigend, denn jeder junge Mensch, der nach der obligatorischen Schulzeit nicht einen weiteren Bildungsschritt, z. B. eine Lehre, absolvieren kann, trägt ein wesentlich erhöhtes Risiko, arbeitslos zu werden oder, was noch tragischer ist, sich überhaupt nicht richtig ins Beschäftigungssystem zu integrieren. Deshalb hat sich die Stadt mit der Aktion «Ein Schritt nach vorn – 10 Prozent mehr Lehrstellen für 2006» zum Ziel gesetzt, durch eine gezielte Motivationskampagne das Lehrstellenangebot um 250 Lehrstellen zu erhöhen. Die Aktion wurde vom Kanton unterstützt, sowohl materiell durch die Vermittlung von Bundesbeiträgen, als auch personell durch die Mitarbeit des kantonalen Lehrstellenförderers. Mit zwei grossen Aktionstagen wurde in Anwesenheit des Gesamtstadtrates der Lehrstellenbarometer eröffnet und am folgenden Tag konnte an einer «Dankeschön-Veranstaltung» für Betriebe, die neue Lehrstellen geschaffen haben, von der Bildungsdirektorin des Kantons Zürich bekannt gegeben werden, dass in der Stadt bereits 167 zusätzliche Lehrstellen gemeldet worden sind. Diese Zahl erhöhte sich bis Ende September auf 211 und aufgrund späterer, vereinzelter Nachmeldungen darf das Laufbahnzentrum davon ausgehen, dass das Ziel von 250 zusätzlichen Lehrstellen annähernd erreicht worden ist (siehe untenstehende Grafik). Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Stadt Zürich selbst als Lehrstellenanbieterin mit 69 zusätzlichen Lehrstellen einen substantziellen Anteil an das erfreuliche Resultat geliefert hat.



Job Plus: Angebot verdreifacht

Die Anzahl der Teilnehmenden im Motivationssemester Job Plus, einem einjährigen Brückenangebot, das aus wöchentlich vier Arbeitstagen in einem Betrieb und einem Schultag, der durch das Laufbahnzentrum organisiert wird, besteht, ist in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen (siehe untenstehende Grafik). Dieses Wachstum ergibt sich aus drei Tatsachen: Erstens, dass die Nachfrage nach Zwischenlösungen stetig gewachsen ist, zweitens aus dem Umstand, dass es gelungen ist, in der Stadt Zürich für dieses Projekt genügend Einsatzplätze zu schaffen, und drittens dadurch, dass dieses Motivationssemester seit zwei Jahren über kantonale Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden kann. Das Angebot ist sehr erfolgreich: Während Job Plus in den letzten Jahren eine Erfolgsquote von 80 bis 90 Prozent aufwies, das sind Jugendliche, die nach diesem Jahr eine Anschlusslösung gefunden haben, betrug diese Quote im Schuljahr 2004/2005 die Rekordmarke von 91 Prozent.

Entwicklung Anzahl TeilnehmerInnen Job Plus



Berufslehrverbund Zürich: Lehrstellenschaffung im Verbund

Der dem Laufbahnzentrum der Stadt Zürich angegliederte Berufslehrverbund hat neben den etwa 30 Lehrverhältnissen, die er zusammen mit Kleinfirmen führt, einen neuen Typus geschaffen: Berufslehrverbund mit Basislehrjahr. Das Basislehrjahr (1. Lehrjahr) wird im Auftrag des Berufslehrverbundes Zürich in der Lehrwerkstatt von Siemens Schweiz AG durchgeführt. Das 2., 3. und je nach Beruf 4. Lehrjahr kann dann in Kleinfirmen des Berufslehrverbundes weitergeführt und abgeschlossen werden. Damit werden jährlich 10 zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Zudem ist der Berufslehrverbund daran, die neue Lehre «Fachangestellte Betreuung» als Verbundlehre in den drei Bereichen Kinderbetreuung, Behindertenbetreuung und Altenbetreuung als generalistisches Modell im Berufslehrverbund anzubieten. Damit werden jährlich weitere 24 Lehrstellen generiert.

Kostenpflichtige Erwachsenenberatung

Im Rahmen des Sanierungsprogrammes 2004 hat der Kanton beschlossen, für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Erwachsenen Gebühren zu erheben. Die auch für die Stadt verbindliche Verordnung ist am 12. April 2005 erlassen und auf 1. Mai 2005 in Kraft gesetzt worden. Das Laufbahnzentrum hat seine Angebote für Erwachsene entsprechend neu positioniert. Im ganzen Kanton ist aber ein markanter Rückgang der Erwachsenenberatungen festzustellen. Diese Tendenz ist auch in der Stadt spürbar. Das Laufbahnzentrum hat durch gezielte Marketingmassnahmen und Subventionierung des Angebotes für Personen mit tiefen Einkommen seine Gebühren so gestaltet, dass keine bildungswillige Person, die Beratung braucht, sich diese Dienstleistung nicht leisten kann.

Berufsinformationszentrum, Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit

Diese Dienstleistungen sind nach wie vor sehr gefragt. Einzig die Besucherzahlen des Berufsinformationszentrums gingen aufgrund der verbesserten Informationsmöglichkeiten auf Internet (www.berufsberatung.ch) leicht zurück. Diese Internetdienstleistung wird zu einem beachtlichen Teil durch Daten, die das Laufbahnzentrum Zürich an den Schweizerischen Verband für Berufsberatung aufarbeitet und verkauft, gespiesen.

Stipendien: Kombination zwischen öffentlichen und privaten Geldquellen

In der heutigen Zeit der Lehrstellenproblematik und Jugendarbeitslosigkeit spielen für viele junge Menschen die Stipendien eine ganz wichtige Unterstützung, um eine Ausbildung absolvieren zu können. Dank der seriösen Abklärung von Stipendiengesuchen durch die Stipendienabteilung des Laufbahnzentrums können neben den städtischen Stipendienbeiträgen beachtliche Summen aus privaten Stipendienstiftungen generiert werden, d. h., für jeden städtischen Franken, der für Stipendien ausgegeben wird, kommen noch 80 Rappen aus privaten Stiftungen hinzu. Das ist ein weiteres Beispiel einer guten Zusammenarbeit und Ergänzung zwischen öffentlicher Hand und privaten Einrichtungen.

Asyl-Organisation Zürich

Weiterer Rückgang der Zahlen im Asylbereich

Im Jahr 2005 nahm die Zahl der Personen, die in der Schweiz um Asyl nachsuchten, deutlich ab. Dem Kanton Zürich wurden 1107 (Vorjahr: 1822) Personen zugewiesen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuweisung von monatlich rund 90 Asyl Suchenden und einem Rückgang von 39% gegenüber dem Vorjahr.

Die Unterbringungskapazität der Asyl-Organisation Zürich in den Kollektivstrukturen der 1. Phase (inkl. Zentrum Tanne und MNA-Zentrum Lilienberg) betrug Anfang Jahr 887 (1216) Plätze, Ende Jahr 640 (887) Plätze. Auf die Unterstützung der städtischen Fürsorge waren im Jahr 2005 durchschnittlich 2000 (2200) Personen mit Status N und F sowie rund 140 (160) anerkannte Flüchtlinge mit Status B und F angewiesen.

Abbau von Strukturen und Arbeitsplätzen

Aufgrund des Rückgangs bei den Asylgesuchszahlen musste die Asyl-Organisation Zürich im Jahre 2005 zwei ihrer Durchgangszentren schliessen (DZ Juchstrasse; DZ Lilienberg). Neben dieser Leistungsreduktion bei den Einrichtungen der 1. Phase hatte die Asyl-Organisation Zürich bei den Fach- und Spezialdiensten sowie bei der Sozialhilfe der 2. Phase das Auftragsvolumen geringfügig zu verkleinern.

Bei dieser Entwicklung verloren im Verlaufe des Jahres 2005 rund 50 Mitarbeitende der Asyl-Organisation Zürich ihre Stelle. Ende Jahr waren bei dieser Dienstabteilung noch 265 Personen angestellt.

Neue Aufgaben im Asyl- und im Migrationsbereich

Im Sommer 2005 entschied sich die Gemeinde Hinwil ZH, die Aufgabe der Betreuung von Asyl Suchenden und vorläufig aufgenommenen Personen per 1. September 2005 der Asyl-Organisation Zürich zu übertragen. Das aktuelle Aufnahmekontingent dieses Bezirkshauptortes beträgt rund 60 Personen.

In Zürich erweiterte das Zentrum für asylsuchende Personen mit speziellen Problemstellungen «Tanne» sein Angebot. Es steht zukünftig auch als Notunterkunft für Migrantinnen und Migranten unabhängig vom Aufenthaltsstatus zur Verfügung.

Umwandlung der Asyl-Organisation Zürich in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt

Weitere Informationen zur Überführung der AOZ in die erste selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt auf kommunaler Ebene finden sich im Kapitel Zentrale Verwaltung.

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

75 Jahre Zusatzleistungen der Stadt Zürich – eine Erfolgsgeschichte

Auf den 1. Januar 1930 hat der Zürcher Stadtrat die Verordnung über die städtische Altersbeihilfe in Kraft gesetzt. Dies nachdem kurz zuvor die Stimmberechtigten der Stadt Zürich mit überragendem Mehr von 92% der Vorlage zugestimmt hatten. Dieses Resultat war nicht selbstverständlich, denn auf Bundesebene wurde an der Einführung einer nationalen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) gearbeitet. Doch Ende der 20er-Jahre war bereits absehbar, dass die AHV wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen würde (bis 1948), und diese Zeit wollten Stadtrat und Gemeinderat nicht verstreichen lassen, denn Altersarmut war in der damaligen Schweiz weit verbreitet, v. a. in den Städten. Mit der Einführung der städtischen Altersbeihilfe wurde in Zürich ein «Altern in Würde» für Tausende Realität.

Seither sind 75 Jahre vergangen. Die soziale Sicherheit in der Schweiz wurde massgeblich ausgebaut. Gleichwohl haben längst nicht alle pensionierten und behinderten Menschen existenzsichernde Renten. Und auch gut versicherte Heimbewohnerinnen und -bewohner können mittlerweile die teuren Pflorgetaxen nicht mehr aus eigener Kraft bezahlen. Hier setzen die Zusatzleistungen zur AHV/IV an, indem sie ungenügende Rentenleistungen auf ein angemessenes Niveau aufbessern und einen Heimaufenthalt überhaupt erst für alle bezahlbar machen. Die Zusatzleistungen sind heute ein modernes Sicherungssystem und stellen faktisch die vierte Säule im Rahmen der schweizerischen Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenvorsorge dar. Die Stadt Zürich hat Wesentliches zu diesem Erfolg beigetragen.

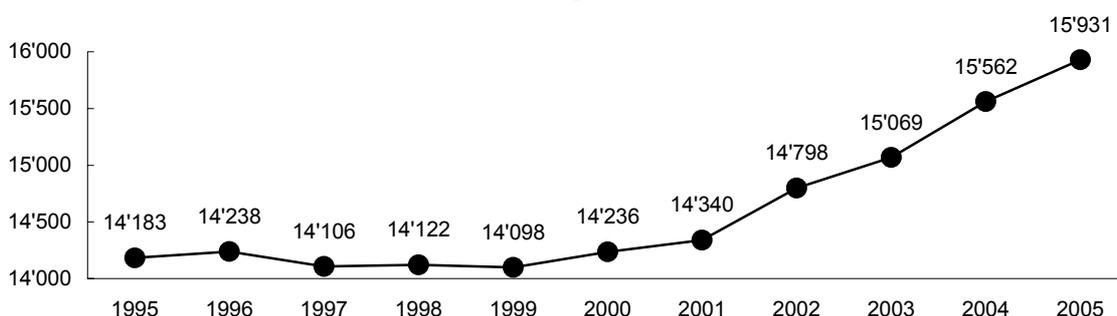


Unter dem Titel «jetzt reicht es – Leben mit Zusatzleistungen zur AHV/IV in der Stadt Zürich. Seit 1930.» hat das AZL im Jubiläumsjahr 2005 verschiedene Projekte realisiert: Nebst einer Ausstellung im Stadthaus Zürich, die vom 26. Oktober bis 23. Dezember 2005 gezeigt wurde, ist im Rahmen der Edition Sozialpolitik des Sozialdepartements eine 244 Seiten starke, farbige Jubiläumsschrift erschienen, in welcher sich 11 Autorinnen und Autoren aus Politik, Wissenschaft und Praxis mit dem Leistungswerk auseinandersetzen. Zudem hat das AZL eine Jubiläumsbroschüre herausgegeben, welche an alle Zusatzleistungsberechtigten der Stadt Zürich versandt wurde. Nebst Fakten und Fachmeinungen nehmen in all diesen Veröffentlichungen die Zusatzleistungsrentnerinnen und -rentner eine wichtige Rolle ein. Über 20 Zusatzleistungsberechtigte haben sich für dieses Jubiläum zur Verfügung gestellt, um dem Sozialwerk mit ihrer Präsenz ein Gesicht zu verleihen – stellvertretend für die übrigen rund 20 000 Rentnerinnen und Rentner, an die die Stadt Zürich jährlich Zusatzleistungen zur AHV/IV ausrichtet.

Fallzahl- und Aufwandentwicklung im Überblick

Seit 2001 hat die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV stets deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2005 fortgesetzt: Ende Jahr (Stichtag im Dezember) wurden 15 931 (Vorjahr: 15 562) laufende Fälle gezählt. Die Steigerung ist auf den Zuwachs von 7,5% (+6,0%) bei den IV-Rentenberechtigten zurückzuführen, während die Zahl der AHV-Rentenberechtigten mit -0,4% (+1,9%) stagnierte. Aktuell entfallen 63,1% (64,9%) aller Fälle auf AHV-Berechtigte und 36,9% (35,1%) auf IV-Berechtigte.

Fallentwicklung Zusatzleistungen zur AHV / IV
1995 - 2005 (Stichtag im Dezember)



Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit Fr. 373 431 850.– gegenüber Fr. 359 796 335.– im Vorjahr um 3,8% (9,0%) zugenommen. Das Ausgabenwachstum ist auf die höheren Fallzahlen sowie auf die höheren Durchschnittsprämien für die obligatorische Krankenversicherung zurückzuführen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 79,1% (78,6%) auf Ergänzungsleistungen, zu 8,0% (8,2%) auf kantonale Beihilfen, zu 10,4% (10,8%) auf Gemeindegzuschüsse, zu 1,6% (1,4%) auf Pflegekostenzuschüsse und zu 0,9% (1,0%) auf die Einmalzulagen. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 6 637 857.– oder 3,8% auf Fr. 182 069 081.– erhöht.

Für die Vergütung von Krankheitskosten im Rahmen der Ergänzungsleistungen sind die Auslagen von Fr. 14 958 085.– auf Fr. 17 367 701.– wesentlich gestiegen, und zwar um 16,1% (8,9%). Der markante Anstieg ist zur Hauptsache eine Folge von Entlastungsmassnahmen beim Bund im KVG- und IV-Bereich.

Ebenfalls deutlich zugenommen haben mit 19,5% (32,9%) die Pflegekostenzuschüsse, welche zur Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte dienen. Die stetig steigenden Heimkosten – bei gleichzeitig stagnierenden Leistungen der Krankenversicherungen und ebenfalls stagnierenden oder zum Teil rückläufigen Subventionen im IV-Bereich – haben zu einer Steigerung des Aufwands von Fr. 4 970 356.– auf Fr. 5 941 669.– geführt.

Die im Jahr 2005 erhältlich gemachten Rückerstattungen von unrechtmässig oder rechtmässig bezogenen Leistungen in der Höhe von Fr. 14 326 376.– (Fr. 14 144 604.–) sind mit +1,3% (-7,2%) wieder leicht gestiegen.

Im Jahr 2005 hat das Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV über 60 000 Verfügungen erlassen. Im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen sind die Verfügungen auf 3206 (3160) gestiegen. Die periodischen Überprüfungen belaufen sich auf 5978 (4037) und die Mutationen auf 9211 (9062). Für die Ausrichtung von Krankheitskosten sind 18 105 (16 821) Verfügungen, für die Ausrichtung von Pflegekostenzuschüssen und ausserordentlichen Gemeindegzuschüssen 3784 (2969) Verfügungen ausgefertigt worden.

Es sind 1364 (1313) Anspruchsberechtigte gestorben und 258 (203) Rentnerinnen und Rentner von der Stadt Zürich weggezogen. Bei 753 (727) Personen ergab sich nach der Berechnung kein Anspruch (mehr).

Soziale Dienste Zürich

Abschluss der strukturellen Reorganisation und laufende Entwicklung der Qualität der Dienstleistungen in den Sozialen Diensten Zürich

Mit der Eröffnung des Sozialzentrums Albisriederhaus im August war das letzte Etappenziel erreicht, indem die Sozialberatungsstellen Albisrieden und Altstetten, das Jugendsekretariat und die Gemeinwesenarbeit Letzi, das Mega!phon und die Abteilung Pflegekinder in das zweckmässig renovierte Haus einziehen konnten. Damit ist die strukturelle Reorganisation der sozialen Grundversorgung in fünf regionalen Sozialzentren abgeschlossen. Die Konkretisierung, Umsetzung und fachlich-methodische Weiterentwicklung erfolgt nun flächendeckend in den neuen Strukturen. Fast zeitgleich mit der Eröffnung des Albisriederhauses feierte das Sozialzentrum Dorflinde, welches als erstes Sozialzentrum im Jahr 2000 eröffnet worden war, sein 5-Jahre-Jubiläum. Die Tage der offenen Tür in beiden Sozialzentren wurden von zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Zürich genutzt, einen persönlichen Einblick in die Sozialzentren zu gewinnen.

Die Einzelfallhilfe stand weiterhin unter dem Druck einer sehr hohen Fallbelastung. Die Umsetzung der neuen SKOS-Richtlinien erfolgte zwischen Juni und September. Auf der Basis der neuen Richtlinien der Sozialbehörde und den entsprechenden Handlungsanweisungen der Sozialen Dienste konnten sämtliche Fälle reibungslos und termingerecht überführt werden.

In der Unterstützung und Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im fachlich-methodischen Bereich wurden wichtige Grundlagen umgesetzt, so das neue Konzept für die Einführung von neuen Mitarbeitenden und die Fallsteuerung. Ferner erarbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Qualitätszirkel Grundlagen für den Einsatz von Freiwilligen. Das Ziel ist es, dass Klienten und Klientinnen mit mangelnden persönlichen und sozialen Ressourcen Unterstützung durch Freiwillige aus dem Quartier erhalten, um rascher wieder zu einer selbständigen Lebensweise zurückzufinden.

Die Kleinkindberatung wurde im Interesse der Qualitätssicherung in allen Sozialzentren einheitlich konzipiert und strukturiert und die bestehenden Standards zur Gewährleistung der für die Prävention wichtigen Niederschwelligkeit der Mütter- und Väterberatungsstellen in den Quartieren überarbeitet und umgesetzt.

Die Fluktuationsrate beim Personal betrug 6,6% (5,2%)

Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe weniger steil

Die Fallzahlen und Kosten sind im Jahr 2005 weniger stark angestiegen als 2003/2004. Für die SozialarbeiterInnen sind der dauernde Zuwachs an Fällen seit dem Jahr 2002 und die hohen Fallzahlen zu einer grossen Belastung geworden. Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl stieg um etwa 6% auf 13 799 Fälle (13 076) und die durchschnittliche Fallzahl pro Monat erhöhte sich um knapp 10% auf 9130 Fälle pro Monat (8342). Die Bruttoauslagen (ohne Krankenkassenprämien) stiegen um etwa 9,2% auf etwa Fr. 260 Mio. (238).

Konjunkturelle Entwicklungen wirken sich nach bisherigen Erfahrungen jeweils verzögert auf die Fallentwicklung in der Sozialhilfe aus. Aufgrund der hohen Zahlen von Menschen ohne Arbeit, bleibt offen, wie und wie rasch sich eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für die Menschen, die derzeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, auswirken wird.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) nahm die Grundgedanken des Projektes Chancenmodell auf und verankerte die Grundsätze des Anreizsystems in den neuen Richtlinien. Die Einführung der neuen Richtlinien wurde in der Stadt Zürich zwischen 1. April 2005 und 30. September 2005 vollzogen. Das Projekt Chancenmodell konnte dadurch abgelöst werden.

Sozialbehörde

Die Sozialbehörde trat zu 5 (5) Gesamtsitzungen zusammen. Die Einzelfallkommission (EK) behandelte an 51 Sitzungen (49) insgesamt 3282 (3706) Fälle, welche gemäss Kompetenzordnung der Zustimmung der Sozialbehörde bedürfen. Als interne Einsprache-Instanz entschied die Einsprache- und Geschäftsprüfungskommission (EGPK) über 250 Einsprachen (279) an 6 Sitzungen.

Nebst der regelmässigen Tätigkeit der Behördenmitglieder als Referenten und Referentinnen in den Sozialzentren, in der EK und EGPK wird ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit der Sozialbehörde in den themenspezifischen Kommissionen und Arbeitsgruppen geleistet. Die Kommission für Asyl- und Flüchtlingsfragen trat zu 7, die Kommission für Finanzfragen zu 5 Sitzungen zusammen.

Im Kanton Zürich wurden die revidierten SKOS-Richtlinien verbindlich eingeführt. Die Gemeinden wurden angewiesen, die Berechnungen der Sozialhilfe zwischen April und Oktober 2005 den neuen Richtlinien anzupassen. Die Sozialbehörde hat im Frühjahr 2005 die für die Umsetzung notwendigen Richtlinien erlassen und deren Umsetzung in der Stadt Zürich begleitet und unterstützt.

Leichter Anstieg der Fälle in der Jugend- und Familienhilfe und dritte Ausbautetappe in der Schulsozialarbeit

Im Jahr 2005 wurden in den Sozialzentren der Stadt Zürich insgesamt 3209 Fälle der Jugend- und Familienhilfe geführt. Dies bedeutet einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (3166).

Die Zahl der platzierten Kinder und Jugendlichen stieg im Berichtsjahr von 941 im Jahr 2004 auf 1006. Davon entfallen auf Platzierung in Heimen 624 (593), auf Platzierungen in Pflegefamilien 122 (130) und 260 (218) auf Tagesstrukturen wie Krippen, Tagesfamilien, Tageszentren für Jugendliche.

Die Fachgruppe Kinderschutz koordiniert die sieben regionalen Kinderschutzgruppen in der Stadt Zürich. Die Kinderschutzgruppen sind Konsultativgremien und führen deshalb keine eigenen Fälle. Sie wurden 2005 in 108 Fällen zur Beratung oder Begleitung beigezogen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 20 Fällen (88).

Im Jahr 2005 wurden 3 Kinderschutzschulungen durchgeführt. Insgesamt 37 (45) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialen Dienste, der Sozialen Einrichtungen und Betriebe und Mitglieder der regionalen Kinderschutzgruppen besuchten die Kurse.

Die Zahl der meldepflichtigen Tagesverhältnisse lag Ende Jahr mit 186 um 14% (217) unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang erfolgte v. a. in den ersten zwei Trimestern. Im ganzen Jahr wurden 286 (367) Tagesverhältnisse registriert. Bei den Wochen- und Dauerpflegeverhältnissen hat sich der Bestand nach einem starken Rückgang im Jahre 2004 wieder leicht erhöht, nämlich um 3% auf 114 (111). Die Abklärungen bei internationalen Adoptionen, Stiefkindadoptionen und Pflegeplatzabklärungen für Kinder aus dem Ausland nahmen um 60% auf 16 (10) zu.

Nach der dritten Ausbautetappe der Schulsozialarbeit sind Ende 2005 36 SchulsozialarbeiterInnen in 42 Schulhäusern tätig. Mit Fachtagungen, Erfahrungsgruppen, Fallbesprechungen werden die methodischen Ansätze der Schulsozialarbeit gefördert. In der Aufbauphase wird besonders auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen im Schulhaus wie auch mit weiteren Partnern im Quartier geachtet.

Deutlicher Anstieg der Fallzahlen im zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutz (vormundschaftliche Massnahmen)

Der Bestand der von Mitarbeitenden der Sozialzentren geführten vormundschaftlichen Massnahmen belief sich Ende 2005 auf 4124 und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Bei 616 Zugängen und 460 Abgängen wurden insgesamt 4597 Fälle bearbeitet (Jahresumsatz).

Der Jahresumsatz von 4597 Fällen teilt sich in 2812 zivilrechtliche Massnahmen für Erwachsene (2761) und 1785 zivilrechtliche Massnahmen für Minderjährige (1735) auf. Die Massnahmen für Erwachsene wurden zu einem grösseren Teil von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern (ehemals Amtsvormundschaft) geführt. Von den Massnahmen für Kinder und Jugendliche wurden 296 (268) von der Elternberatung (Beistandschaften bei Vaterschaftsabklärungen und Unterhaltsregelungen), die übrigen 696 Fälle (713) von Mandatsträgern und Mandatsatägerinnen und 761 (754) Fälle von Sozialarbeitenden mit Schwerpunkt Jugend- und Familienhilfe geführt.

Die Zunahme des Fallbestandes betrifft sowohl die zivilrechtlichen Kinderschutzmassnahmen (Zuwachs: 50 Fälle, 3%) als auch die Erwachsenenschutzmassnahmen (Zuwachs: 51 Fälle, 2%).

An die Stadtkasse gingen Entschädigungen und Spesenvergütungen aus Vermögen von Klientinnen und Klienten in der Höhe von 2 162 200.– (1 855 908.–).

Rund 119 (171) Privatpersonen konnten neu als private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gewonnen werden. Die Bereitschaft privater Betreuerinnen und Betreuer, nach Beendigung einer Massnahme wieder eine neue zu übernehmen oder mehr als eine Massnahme zu führen, ist weiterhin gross. Im Berichtsjahr führten 1069 (1093) private Betreuerinnen und Betreuer 1425 (1464) vormund-schaftliche Massnahmen.

Gemeinwesenarbeit (GWA) und Soziokultur unterstützen Bevölkerungsgruppen in ihren Anliegen für ein lebenswertes Quartier und Zusammenleben

Viele der zahlreichen Projekte und Angebote der Gemeinwesenarbeit und der Soziokultur setzen sich ein für die Entwicklung der Lebensqualität und die Verbesserung des Zusammenlebens. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und durch Vernetzung mit Quartierorganisationen und den betroffenen städtischen Verwaltungsabteilungen. Die GWA setzt sich für eine transparente Information der Bevölkerung zu geplanten Veränderungen in den Quartieren ein. Im Legislatur-schwerpunkt «Lebensqualität in allen Quartieren» war die GWA der Bevölkerung und den städtischen Verwaltungsabteilungen eine wichtige Partnerin in der Entwicklung und Realisierung von Massnahmen.

- Der Verein «Nachbarschaftshilfe Kreis 4» formierte sich mit Unterstützung der GWA und nahm im Juni seinen Betrieb im Bullingertreff auf.
- Die Informationsstelle im Zentrum Hardau informiert die Bewohner und Bewohnerinnen über die geplanten baulichen Veränderungen im Quartier.
- Im «Dialog Oerlikon» zeichnet die GWA verantwortlich für einen laufenden, transparenten Informationstransfer über bauliche, kulturelle und soziale Projekte in Oerlikon und koordiniert die Vernetzung und Kooperation der Akteure im Gebiet.
- Im Oerliker Park förderten kulturelle Veranstaltungsreihen die Belebung und Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bevölkerung.
- Eine Quartierwerkstatt in Neu-Oerlikon stand im Zeichen der Stärkung des sozialen Zusammenhalts.
- Im Quartierzentrum Aussersihl gründeten initiative Mütter einen Familien-Mittagstisch.
- Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe befasst sich mit der «Lebensqualität auf der Werdinsel».
- An der Überlandstrasse in Schwamendingen und in Seebach arbeitet eine Vielzahl von Quartiergruppen an Massnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation. Die GWA ist in diesen Quartieren, die Belastungen unterschiedlichster Art ausgesetzt sind, eine verlässliche Partnerin in der Entwicklung und Realisierung von Massnahmen wie Schulwegsicherung, Aufbau von Nachbarschaftsnetzen, Reduktion von Lärmimmissionen, Integration von Ausländerinnen und Ausländern usw.
- In der Grünau wurde ein öffentlicher Workshop zur Quartiersversorgung durchgeführt.
- Das Zentrum Karl der Grosse bot wiederum eine breite Palette von Angeboten mit der Einladung an Interessierte zur Beteiligung. Veranstaltungen wurden in Kooperation mit interessierten Bewohnern und Bewohnerinnen und Freiwilligen entwickelt und durchgeführt.

Angebote für Kinder beinhalten einen wichtigen Schwerpunkt der GWA und der Soziokultur, und dies nicht nur, aber ausgeprägt, in Quartieren mit besonderen Belastungen. Auch Angebote für die Integration von Jugendlichen haben einen wichtigen Stellenwert.

- Der neue Kinderspielplatz in der Bäckeranlage nahm seinen Betrieb im Oktober auf.
- Im Quartier Unterstrass organisierte die GWA nach diversen Gewaltvorfällen mit Jugendlichen zusammen mit der Liegenschaftenverwaltung einen runden Tisch im Quartier und trug damit wesentlich zur Deeskalation der angespannten Situation bei.
- Im Jugendkulturhaus Dynamo haben 14 000 Besucherinnen und Besucher die Angebote der offenen Werkstätten genutzt und 32 Jugendliche konnten ein Praktikum oder einen Einsatz im Rahmen eines Arbeitsintegrationsprojektes von 6 Monaten absolvieren.
- Am popcorn Cup, dem Fussballturnier auf der Fritschiwiese, nahmen 65 Jugendliche teil.
- Die Kindertreffpunkte Stromboli, Spielwagen auf der Bäckeranlage und der Spielbaracke verzeichneten 6540 Besuche von Kindern. Der Mittagstisch im Schüler- und Schülerinnentreff war mit 2854 Besuchen gut frequentiert, ebenso die Spiel- und Werkwochen auf der Fritschiwiese, in der Bäckeranlage, im Heiligfeld und die 16 Spielinseln im Sihlfeld mit 2362 Besuchen.

- Erstmals fand während 5 Tagen das Kinderfestival, organisiert in Kooperation mit anderen Institutionen und Organisationen, im Zeughausareal statt.
- An der Überlandstrasse in Schwamendingen wurden in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung Kinderspielplätze wieder instand gesetzt.
- Die Kontaktstelle für Kinderanliegen erhielt wiederum viele Anfragen zur Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten für Kinder und Projektunterstützung. An den beiden Ideenwerkstätten nahmen 40 Fachpersonen der Spielanimation, von Gemeinschaftszentren und der Schulsozialarbeit teil. Megalphon organisierte zum Tag des Kindes am 20. November die Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Organisationen und kümmerte sich um die Medienarbeit. Zum Tag des Kindes erschien auch die 4. Kinderclub Zeitung. An fünf Kinderkonferenz-Standorten – neu hinzu kam im Berichtsjahr die Kinderkonferenz Rütihof – engagierten sich Kinder in ihrer Siedlung oder ihrem Quartier. So wirkte z. B. die Kinderkonferenz im Verbund mit dem SchülerInnenentreff Hardau, der Gemeinwesenarbeit Kreis 3, 4 und 5 und der Schulsozialarbeit an der Neugestaltung des Quartierspielplatzes Hardau mit.

Soziale Einrichtungen und Betriebe

Erfolgreicher Start

Die neu aus den Dienstabteilungen Amt für Soziale Einrichtungen (ASE) und Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM) geschaffene Dienstabteilung Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) hat in ihrem ersten Jahr die hohen an sie gestellten Anforderungen erfüllt:

- das Kerngeschäft wurde erfolgreich sichergestellt. Die SEB erbrachten Leistungen, welche von Ausgrenzung betroffenen Personen eine selbstständige Existenz ermöglichen, leisteten Überlebenshilfe, förderten die soziale und berufliche Integration, unterstützten die Chancengleichheit und trugen damit massgeblich zu einem sozialen und sicheren Zürich bei,
- der im Jahr 2004 erteilte Sparauftrag von 4,5 Millionen Franken sowie die Übertragung der Supportaufgaben an die Zentralen Ressourcendienste sind umgesetzt,
- die strategische Neuausrichtung der Programme zur Arbeitsintegration ist für die Umsetzung ab dem Jahr 2006 vorbereitet, die Teilprojekte Teillohn, Basisbeschäftigung, Personalvermittlung und Auftragsakquisition sind unter der Leitung der SEB gestartet (*siehe unter «Zukunftsfähige Angebote»*),
- die Vorbereitungen für den Start des Pilotversuchs zur Einführung von Case Management in der Betreuung von mehrfach anhängigen Klientinnen und Klienten konnten im Jahr 2005 abgeschlossen werden (*siehe unter «Zukunftsfähige Angebote»*),
- im Rahmen der Organisationsentwicklung wurden Strukturen, Prozesse und Aufgaben geklärt, sowie Reglemente vereinheitlicht (*siehe unter «Change Management»*),
- die Ärztinnen und Ärzte der SEB sowie alle Mitarbeitenden des Psychiatrisch Psychologischen Dienstes PPD wurden per Ende Jahr in den Stadtärztlichen Dienst des Gesundheits- und Umweltdepartements integriert.

Zukunftsfähige Angebote durch vernetzte Arbeitsweise / Allianzen mit der Wirtschaft

Die Angebotsentwicklung der SEB war geprägt von zwei wichtigen Veränderungsprojekten: der Neuausrichtung der Arbeitsintegrationsprogramme und der Einführung des Case Management.

Ausgangshypothese für das *Pilotprojekt Case Management* ist: Bei der heutigen Versorgungsstruktur im Bereich Überlebenshilfe und Therapie in der Stadt Zürich beziehen Menschen mit mehrfachen Problemen verschiedene soziale und medizinische Leistungen, ohne dass die Versorgung gezielt geplant, koordiniert oder gesteuert wird. Aus diesem Grund wird die vernetzte, klientenorientierte Zusammenarbeit für verbindlich erklärt und systematisiert. Die Hilfeleistungen sollen bei gleichem Aufwand mehr Wirkung zeigen. In der Pilotphase, die im Jahr 2006 beginnt, wird die Methode Case Management in 31 Betrieben aus den Bereichen Tagesstruktur, Wohnen, Beschäftigung, Sozialhilfe und Medizin erprobt. Mit allen beteiligten Betrieben wurden im Herbst 2005 die Zusammenarbeitsvereinbarungen abgeschlossen. Im November fanden die Schulungen für die Case-ManagerInnen und für die EDV-Fallführungsapplikation (E-Case) statt. Die Betriebe der städtischen Gesundheitsdienste sind in das Projekt einbezogen.

Im *Projekt Neuausrichtung der Arbeitsintegration* des Sozialdepartements übernehmen die SEB die Neu- und Weiterentwicklung der städtischen Angebote zur Arbeitsintegration. Obwohl sich die bisherigen Qualifikationsprogramme bewährt haben und bis heute in einzelnen Branchen gute Vermittlungserfolge ausweisen, braucht es Perspektiven für die wachsende Zahl jener SozialhilfebezüglerInnen, die innert nützlicher Frist keine Stelle finden.

Diese Perspektiven sollen mit der Einführung von Teillohn-Jobs, mit mehr unternehmerischer Freiheit für Arbeitsintegrationsangebote und mit einer ressourcenorientierten und schnellen Zuweisung von neuen Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe in die Integrationsprogramme geschaffen werden. Der Mitteleinsatz bei den Integrationsangeboten wird sich mit der Neuausrichtung konsequent an der erzielten Wirkung orientieren. Zur Umsetzung dieser Ziele sind letzten Herbst in den SEB vier Teilprojekte gestartet worden:

- Der Zuweisungsprozess von neuen Fällen bei der Sozialhilfe in die Arbeitsintegration muss rasch erfolgen. Dafür wird bei den SEB ein **Basisbeschäftigungs-Angebot** geschaffen, das einen effizienten Matchingprozess in die richtige Integrationsmassnahme unterstützt.
- Für die direkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt werden die **Personalvermittlung** (SEB) und das Bewerbungscoaching in den Sozialen Diensten (SOD) intensiviert und weiterentwickelt. In den SEB wird eine Personalvermittlung für feste und temporäre Stellen aufgebaut.
- Die bestehenden Angebote der SEB für die Qualifizierung werden dort weitergeführt, wo gute Vermittlungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bestehen. Als neues Instrument der Arbeitsintegration sollen in den SEB **Teillohn-Jobs** geschaffen werden für Menschen ohne Perspektiven auf eine Anstellung im Arbeitsmarkt.
- Um geeignete Aufträge für Teillohn-Jobs zu finden, wird eine zentrale **Akquisitionsstelle** aufgebaut, die bezahlte Aufträge bei der Wirtschaft und bei der Verwaltung akquiriert und die Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen unterstützt, damit diese die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Teillohn-Jobs erfüllen.



Networking an der gemeinsam mit der Organisation «The Sustainability Forum» organisierten Tagung «Allianzen in der Arbeitsintegration: Mehrwert für Unternehmen?» im November 2005.

Im Dialog mit Anwohnerinnen und Nachbarn

Die sozialen Einrichtungen und Betriebe suchten auch im vergangenen Jahr den Dialog mit Anspruchsgruppen und pflegten den Kontakt mit Anwohnerinnen und Nachbarn.

Ganz besonders waren hier die Einrichtungen gefordert, die sich an desintegrierte Personen richten. Denn die Gegenwart von Suchtmittelabhängigen oder Obdachlosen in der Nachbarschaft verunsichert und weckt Ängste. So galt es auch im Jahr 2005 Befürchtungen aufzunehmen und im direkten Austausch Fragen zu klären.

Gut gelungen ist dies im Vorfeld der Eröffnung des Begleiteten Wohnens für Familien an der Rieterstrasse 7. Man konnte sich auf das gute Einvernehmen mit den Anwohnern und dem Quartierverein stützen, das in den Vorjahren anlässlich der Zwischennutzung der Liegenschaft als Kontakt- und Anlaufstelle aufgebaut wurde. Ebenfalls gute Resultate zeitigte die Nachbarschaftskommunikation der Notschlafstelle Rosengartenstrasse: die Veranstaltungen im Rahmen von ZürichSozial und anlässlich

des Abschlusses der Aussenrenovation fanden ein positives Echo bei den Nachbarn, aber auch in den Medien.

Stark in Anspruch genommen wurde die Bereichsleitung der Wohn- und Obdachlosenhilfe durch den Widerstand der Anwohnerschaft gegen die geplante Eröffnung eines Begleiteten Wohnens an der Hellmutstrasse 12 im Kreis 4. Die Bereichsleitung stand an Nachbarschaftstreffen Rede und Antwort und versuchte, Bedenken und Befürchtungen auszuräumen. Dies ist nicht gelungen. Das Projekt wurde deshalb fallen gelassen.

Familienherberge, Streetwork an Schulen und Atelier Blasio: Beispiele einer flexiblen Angebotsentwicklung

Dass die SEB gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrnehmen und ihre Einrichtungen und Betriebe laufend dem Bedarf anpassen, lässt sich für das Jahr 2005 an drei Beispielen exemplarisch aufzeigen:

Familienherberge: Die Wohn- und Obdachlosenhilfe eröffnete im April 2005 an der Rieterstrasse 7 das Begleitete Wohnen für Familien. Die Einrichtung dient primär der Notlinderung und ist hinsichtlich Infrastruktur und Betreuungsangebot auf die kurzfristige Beherbergung in dringenden Fällen angelegt: Die Familien werden in 4-Bett-Zimmern untergebracht, die Toilette befindet sich auf der Etage, Mahlzeiten können in der Gemeinschaftsküche zubereitet werden. Die Einrichtung steht zudem auch Schweizer Rückwanderern offen, die von der Zentralen Abklärungs- und Vermittlungsstelle (ZAV) der Sozialen Dienste vermittelt werden.

Bislang konnten Familien mit einer akuten Wohnproblematik nur in Notwohnungen oder Billighotels untergebracht werden. Das neue Angebot fand schnell Resonanz bei den Sozialen Diensten und Versorgern und war sehr gut ausgelastet.

Streetwork an Schulen: Um die Schülerinnen und Schüler direkt zu erreichen, ist die aufsuchende Jugendberatung Streetwork seit diesem Jahr mit Gesprächsangeboten und Informationsmaterial auch in den Schulen präsent. Dieses Angebot von Streetwork wurde geschaffen, um dem Problem des wachsenden Alkohol- und Cannabiskonsums bei Jugendlichen im Oberstufenalter zu begegnen. Die zunehmend jüngeren Konsumentinnen und Konsumenten sind im Konsumverhalten weniger risikobewusst und konsumieren auch unter der Woche oder sogar vor und während der Schule. Durch die Arbeit von Streetwork an Schulen soll erreicht werden, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Konsumverhalten ändern und dadurch ihre Leistungsfähigkeit in der Schule steigt. Ausserdem soll die physische und psychische Gesundheit gefördert und die Bereitschaft gesteigert werden, höherschwellige Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen.

Atelier Blasio für Jugendliche ohne Anschluss: Vermehrt gibt es Jugendliche und junge Erwachsene, die – trotz Interesse an einer Anschlusslösung – aus verschiedensten Gründen keinen Platz in einem geeigneten Brückenangebot (10. Schuljahr, Motivationssemester usw.) oder in einem Qualifizierungsprogramm finden. Es wurde daher ein Konzept entwickelt, um diesen Jugendlichen einen Einstieg möglich zu machen. Das neue Atelier Blasio bietet insgesamt 40 Plätze an, 20 davon neu für die oben dargestellte Zielgruppe. Weitere 10 Jugendliche nehmen zwar am Motivationssemester teil, arbeiten jedoch am Gruppenarbeitsplatz im Blasio. Und schliesslich: 10 Jugendliche arbeiten an einem externen Praktikumsplatz. Das neue Modell garantiert Durchlässigkeit nach oben und nach unten. Dieses Pilotprojekt ist eingebettet in die Neuausrichtung der Arbeitsintegration (Teilprojekt «Jugendliche ohne Anschluss»).

Change Management

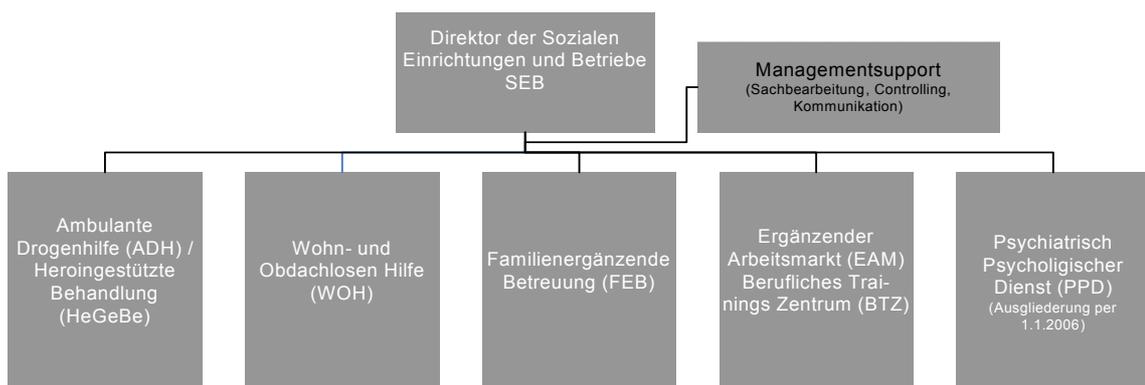
Die Geschäftsleitung SEB konzentrierte sich nach ihrer Konstituierung darauf, die laufenden und künftigen Veränderungsprozesse sorgfältig zu gestalten und zu reflektieren. Neben der Klärung von Prozessen und Aufgaben innerhalb der SEB und in der Zusammenarbeit mit den Zentralen Ressourcendiensten ZRD bedeutete dies auch die Überprüfung von Steuerungsstrukturen, Strategie und Kultur.

Insbesondere wurden

- in der zweiten Jahreshälfte die Grundlagen für die Harmonisierung verschiedener Reglemente im Personalbereich (Jahresarbeitszeit, Schichtarbeit, Aus- und Weiterbildung, Spesen usw.) geschaffen. Damit verfügen die SEB ab 1. Januar 2006 über einheitliche Personalreglemente.
- Die Sachbearbeitung und die Managementunterstützung (Controlling/Kommunikation) für die Leitungen sind zentral organisiert und werden aufgaben- und sachbezogen von drei Fachteams geleistet.
- Raum- und Infrastrukturbelange werden für die ganze Dienstabteilung von einer Fachstelle bearbeitet. Die Nähe zu den einzelnen Einrichtungen und Betrieben – insbesondere jener der Wohn- und Obdachlosenhilfe und der Arbeitsintegration – sichert eine schnelle und pragmatische Reaktion auf Anforderungen aus dem Kerngeschäft.

Die einheitlichen und zukunftsfähigen Grundlagen und Prozesse ermöglichen die Nutzung von Synergien aus dem Zusammenschluss der zwei Dienstabteilungen und sind die Basis für eine gemeinsame Identität in den SEB.

Struktur der Sozialen Einrichtungen und Betriebe per 01.10.2005



Wegbereiter für die Ausbildung «Fachfrau/Fachmann Betreuung»

Der Geschäftsbereich Familienergänzende Betreuung (FEB) ist mit rund 60 Lernenden und Praktikantinnen und Praktikanten einer der grössten Ausbildenden innerhalb des Sozialdepartements (SD). Die FEB führte auch das Pilotprojekt zur Abklärung, ob die – damals neu geschaffene – Soziale Lehre im SD angeboten wird, durch. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem Pilotprojekt bietet das SD ab dem Jahr 2006 neben der fachspezifischen Richtung «Fachangestellte Kinderbetreuung» auch die generalistische Variante «Fachfrau/Fachmann Betreuung» an, welche die Soziale Lehre ablöst. Unter der Federführung des Laufbahnzentrums werden nun Betriebe gesucht, die im Ausbildungsverbund mit dem Sozialdepartement diese generalistische Betreuungsausbildung durchführen. Ein solcher Verbund ermöglicht, dass sich auch Betriebe, die bisher keine Lernenden anstellten, in der Berufsbildung engagieren. Somit können zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Berufsberatung

Tabelle 1 Beratungen

	2005	2004	2003
Jugendliche unter 18 Jahren	2 693	2 696	2 633
Erwachsene über 18 Jahren	2 266	2 727	2 605
RAV-Fälle	915	1 287	1 268
Total Einzelberatungen	5 874	6 710	6 506
Berufswchsekkurse	33	49	49
Total Beratungen	5 907	6 759	6 555

Tabelle 2 Altersverteilung Einzelberatung

	2005	2004	2003
bis 15 Jahre	1 618	1 596	1 574
16–17 Jahre	1 075	1 100	1 059
18–19 Jahre	398	435	372
20–24 Jahre	682	879	852
25–29 Jahre	600	805	780
30–39 Jahre	898	1 186	1 214
40–49 Jahre	450	539	511
50 und mehr Jahre	153	170	144
Total	5 874	6 710	6 506

Tabelle 3 Beratungsschwerpunkte

	2005	2004	2003
<i>Fragestellungen, Anlässe</i>			
Berufs-, Studienwahl	2 084	2 093	2 164
Lehrstellensuche	1 586	1 677	1 314
Probleme während der Ausbildung	172	186	189
Laufbahnplanung, Karriereplanung, Neuorientierung	2 063	2 645	2 516
Beruflicher Wiedereinstieg	53	79	99
Arbeitslosigkeit	485	786	682
Finanzielle Fragen	696	797	806
Persönliche, soziale Probleme	361	528	505
Integrationsfragen (AusländerInnen)	230	362	371
<i>Lösungswege, Bildungsziele</i>			
Verbleib in aktueller Situation (Bildung/Arbeit)	408	638	580
Zwischenlösung, Praktikum, Beschäftigungsprogramm	756	987	845
Berufslehre, Anlehre, Vorlehre	2 039	2 174	2 176
Berufsmaturitätsschule	316	355	293
Diplommittelschule, Verkehrsschule	110	101	101
Gymnasium, Lehrerseminar	238	222	231
Höhere Berufsbildung	612	847	749
Fachhochschule, Pädagogische Hochschule	403	503	539
Universität, ETH	84	83	69
Nachdiplomstudium	118	129	110
Kurs (Erwachsenenbildung im Quartärbereich)	622	890	1 016
Berufliche Selbständigkeit	80	129	128
Psychosoziale Beratung	82	151	159
Stellensuche/Erwerbstätigkeit	728	974	899

Tabelle 4 Berufswahlvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit

	2005	2004	2003
Klassenbesprechungen	253	227	243
davon im Berufsinformationszentrum BIZ	134	122	143
davon in Schulhäusern	119	105	100
<i>Schulhaussprechstunden</i>			
Stundenaufwand	1 987	2 020	1 847
Anzahl Präsenzen	700	747	707
Veranstaltungen für Eltern und Lehrpersonen	87	87	106
Referate	37	74	83
Beiträge in Medien	54	70	83
Kurse	84	171	116
Informationsveranstaltungen	38	81	96
Präsenzen Berufsmesse	13	14	17
Vermittelte Schnupperlehren	300	237	206
Praktikantenbetreuung	22	26	36
BIZ-Präsenzen	509	517	487

Tabelle 5 Berufsinformationszentrum

	2005	2004	2003
BesucherInnen, die sich selbst informieren	12 884	13 931	15 737
BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin	3 563	4 751	4 573
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	3 940	3 700	4 200
Telefonische Auskünfte	1 728	1 754	1 854
Interne Informationen an BerufsberaterInnen	838	955	877
Schriftliche Auskünfte	325	433	688
Total der Auskunftsleistungen	23 278	25 524	27 929

Tabelle 6 Lehrstelleninformation/-vermittlung

	2005	2004	2003
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3 492	3 281	3 448
Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA)	35 158	57 281	48 531
Gezielt abgegebene Lehrstellenadressen	725	712	680
Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA)	825	800	1 200
BesucherInnen	8 643	9 929	10 316
Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben	8 362	8 912	8 020
Kontakte mit Berufsberaterinnen/Berufsberatern	1 925	1 575	1 320

Tabelle 7 Ausbildungsbeiträge nach Fonds

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
Städtische Stipendien	1 028 150	1 010 500	995 700
StadtbürgerInnenfonds	35 500	74 700	63 100
Ausbildungsdarlehen	0	0	10 000
Private Stipendienstiftungen	816 410	705 930	652 035
Total	1 880 060	1 791 130	1 720 835

Soziale Einrichtungen und Betriebe

Ergänzender Arbeitsmarkt

Tabelle 1 Angebot an Jahresarbeitsplätzen

	2005	2004	2003
Soziale Integration – tage- und stundenweise Beschäftigung	297	302	315
Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung	176	152	119
Arbeit und Qualifikation	387	397	347
Motivationssemester	83	77	64
Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte)	41	36	33
Integrationskurse	88	83	79
Berufliches Trainingszentrum	69	63	59
Total	1 141	1 110	1 081

Tabelle 2 Anzahl Teilnehmende

	2005	2004	2003
Soziale Integration – tage- und stundenweise Beschäftigung	611	560	613
Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung	347	286	211
Arbeit und Qualifikation	1 068	1 008	946
Motivationssemester	201	200	169
Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte)	117	120	117
Integrationskurse	146	144	159
Berufliches Trainingszentrum	81	76	72
Total	2 571	2 394	2 287

Tabelle 3 Durchschnittliche Auslastung (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Soziale Integration – tage- und stundenweise Beschäftigung	128	126	121
Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung	108	115	99
Arbeit und Qualifikation	97	101	90
Motivationssemester	96	96	133
Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte)	80	96	118
Integrationskurse	98	105	105
Berufliches Trainingszentrum	101	100	109
Total	106	109	105

Tabelle 4 Vermittlungserfolge (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung	11	8	17
Arbeit und Qualifikation	35	31	33
Motivationssemester	58	68	69
Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte)	34	46	41
Integrationskurse	69	71	73
Total	37	39	42

Tabelle 5 Anteil Frauen (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Soziale Integration – tage- und stundenweise Beschäftigung	30	30	34
Soziale Integration – regelmässige Beschäftigung	31	32	30
Arbeit und Qualifikation	37	39	40
Motivationssemester	53	55	56
Fachprogramme (Programm für ALV-Bezugsberechtigte)	49	42	38
Integrationskurse	68	55	67
Berufliches Trainingszentrum	30	33	34
Total	36	36	40

Familienergänzende Betreuung

Tabelle 6 Verfügbare Plätze

	2005	2004	2003
Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	62	62	59
Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	156	152	148
Kinderkrippen Krankenhäuser (Krippen Käferberg und Mattenhof)	34	34	34
Tagesbetreuungscenter Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	58	58	58
Im Kehr, Gais (Schliessung per 31. Oktober 2004)	0	13	10
Total	310	319	309

Tabelle 7 Effektive Betreuungstage

	2005	2004	2003
Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	15 067	14 548	13 883
Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	38 236	37 786	37 052
Kinderkrippen Krankenhäuser (Krippen Käferberg und Mattenhof)	6 424	7 018	7 115
Tagesbetreuungscenter Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	14 643	14 582	14 556
Im Kehr, Gais (Schliessung per 31. Oktober 2004)	0	3 364	3 823
Total	74 370	77 298	76 249

Tabelle 8 Auslastung (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	105	101	97
Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	102	101	101
Kinderkrippen Krankenhäuser (Krippen Käferberg und Mattenhof)	95	104	110
Tagesbetreuungscenter Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	103	102	109
Im Kehr, Gais (Schliessung per 31. Oktober 2004)	0	98	114
Total	102	100	103

Tabelle 9 Zahl der Betreuungsverhältnisse

	2005	2004	2003
Kinderhaus Artergut (inkl. Krippen Frankengasse und in Böden)	156	154	156
Kinderhaus Entlisberg (inkl. Krippe und Hort Selnau, Krippe Paradies)	274	353	334
Kinderkrippen Krankenhäuser (Krippen Käferberg und Mattenhof)	50	65	68
Tagesbetreuungscenter Schwamendingen (inkl. Krippe Herbstweg)	113	114	111
Im Kehr, Gais (Schliessung per 31. Oktober 2004)	0	256	280
Total	593	942	949

Wohn- und Obdachlosenhilfe

Tabelle 10 Einrichtungen/Angebote

	2005	2004	2003
<i>Anzahl Betten (Jahresdurchschnitt)</i>			
Notschlafstelle Rosengartenstrasse	41	41	43
Notbetten für Randständige (ab Oktober 2005: Notschlafstelle Meinrad-Lienert-Strasse)	16	16	12
Total Betten	57	57	55
<i>Anzahl Wohnplätze</i>			
Begleitetes Wohnen	329	352	339
Begleitetes Wohnen Plus	17	17	13
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	37	–	–
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	–	26	28
Wohnwerkstatt	24	24	24
Werk- und Wohnhaus zur Weid	55	55	55
Junges Wohnen	48	45	41
Total Wohnplätze	510	493	472
<i>Anzahl Wohnungen (Jahresdurchschnitt)</i>			
Total Notwohnungen	223	201	204

Tabelle 11 Durchschnittliche Belegung

	2005	2004	2003
<i>Durchschnittliche Anzahl belegter Betten</i>			
Notschlafstelle Rosengartenstrasse	26	28	32
Notbetten für Randständige (ab Oktober 2005: Notschlafstelle Meinrad-Lienert-Strasse)	6	7	6
Total belegte Betten	32	35	38
<i>Durchschnittliche Anzahl belegter Wohnplätze</i>			
Begleitetes Wohnen	300	321	320
Begleitetes Wohnen Plus	13	14	11
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	18	–	–
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	–	17	25
Wohnwerkstatt	22	23	22
Werk- und Wohnhaus zur Weid	54	53	54
Junges Wohnen	44	39	36
Total belegte Wohnplätze	451	450	443
<i>Durchschnittliche Anzahl belegter Wohnungen</i>			
Total belegte Notwohnungen	207	188	193

Tabelle 12 Aufenthaltstage/Übernachtungen

	2005	2004	2003
Notschlafstelle Rosengartenstrasse	9 624	10 073	11 823
Notbetten für Randständige (ab Oktober 2005: Notschlafstelle Meinrad-Lienert-Strasse)	2 307	2 382	2 312
Begleitetes Wohnen	109 575	117 321	116 627
Begleitetes Wohnen Plus	4 887	4 988	4 048
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	5 044	–	–
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	–	6 341	8 976
Wohnwerkstatt	8 149	8 444	8 210
Werk- und Wohnhaus zur Weid	19 572	19 563	19 614
Junges Wohnen	16 183	14 163	13 170
Notwohnungen	274 265	248 930	261 340
Total	449 606	432 205	446 120

Tabelle 13 Anteil StädtzürcherInnen (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Notschlafstelle Rosengartenstrasse	94	97	98
Notbetten für Randständige (ab Oktober 2005: Notschlafstelle Meinrad-Lienert-Strasse)	84	74	66
Begleitetes Wohnen	100	100	100
Begleitetes Wohnen Plus	100	100	100
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	54	–	–
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	–	95	96
Wohnwerkstatt	93	86	84
Werk- und Wohnhaus zur Weid	54	50	53
Junges Wohnen	74	67	78
Notwohnungen	100	100	100

Tabelle 14 Anteil Frauen (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Notschlafstelle Rosengartenstrasse			
Notbetten für Randständige (ab Oktober 2005: Notschlafstelle Meinrad-Lienert-Strasse)	12	21	20
Begleitetes Wohnen	100	100	100
Begleitetes Wohnen Plus	24	23	23
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	40	40	33
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	38	–	–
Wohnwerkstatt	–	26	29
Werk- und Wohnhaus zur Weid	32	25	25
Junges Wohnen	20	19	19
Notwohnungen	51	57	61
Gesamtanteil	50	50	50

Tabelle 15 Anteil der Austritte mit eigener Wohnmöglichkeit (in Prozenten)

	2005	2004	2003
Begleitetes Wohnen	57	48	25
Begleitetes Wohnen Plus	1	2	1
Begleitetes Wohnen für Familien und Rückwanderer (ab April 2005)	29	–	–
Bürgerstube Gerechtigkeitsgasse (bis 30. November 2004)	–	18	14
Wohnwerkstatt	5	5	3
Werk- und Wohnhaus zur Weid	6	9	2
Junges Wohnen	21	15	14
Notwohnungen	104	80	102
Total	223	177	161

Tabelle 16 Magazindienst

	2005	2004	2003
Angemeldete Aufträge	1 527	1 435	1 390
Durchgeführte Aufträge	1 458	1 345	1 313
Prozentualer Anteil Einlagerungen und Auslagerungen	38	37	39
Prozentualer Anteil Umzüge/Räumungen	19	17	17
Prozentualer Anteil Möblierungen	12	13	14
Prozentualer Anteil Exmissionen	11	7	8
Prozentualer Anteil Liquidationen	3	5	4
Prozentualer Anteil Rest	17	20	18
Maximal Lagerkapazität (in m ³)	3 200	3 200	3 200
Durchschnittliche Auslastung des Lagers pro Jahr (in m ³)	3 031	2 982	3 028

Ambulante Drogenhilfe

Tabelle 17 Kontakt- und Anlaufstellen

	2005	2004	2003
Anzahl Betriebe	4	6	6
Anzahl Öffnungszeiten	11 285	13 590	13 900
Anzahl Konsumationen	308 991	261 139	190 399
Intravenöse Konsumationen	158 170	177 804	128 076
Konsumationen in Form von Sniffen/Rauchen	150 821	83 335	62 323

Tabelle 18 city t-alk

	2005	2004	2003
Anzahl Betriebe	2	2	1
Anzahl Öffnungszeiten t-alk	2 603	2 589	2 527
Anzahl Öffnungszeiten city (ab Dezember 2004)	2 596	236	–
Anzahl Personen im Treff pro Tag t-alk	75	65	63
Anzahl Personen im Treff pro Tag city	85	75	–
Anzahl Personen in Beratung t-alk	160	164	135
Anzahl Personen in Beratung city	49	0	–

Tabelle 19 streetwork

	2005	2004	2003
Anzahl Öffnungszeiten offene Beratung	1 000	1 000	1 000
Anzahl Präsenzstunden Gasse	4 444	4 000	3 553
Anzahl Testings	10	9	10
Anzahl Besuche auf der Homepage	37 214	35 937	41 340

Tabelle 20 Flora Dora

	2005	2004	2003
Anzahl Öffnungszeiten Bus	1 224	1 212	1 236
Anzahl Präsenzstunden Gasse	1 020	925	531
Anzahl Personen	400	420	353

Tabelle 21 sip züri

	2005	2004	2003
Anzahl Einsätze	17 253	12 059	11 131
Total Interventionen (inkl. Informationen)	19 323	8 663	9 670
soziale Interventionen	6 228	1 358	1 085
medizinische Interventionen	1 337	643	696
ordnungsdienstliche Interventionen	6 366	4 772	5 619
Anzahl Vermittlungen	401	343	700

Tabelle 22 Heroingestützte Behandlungen

	2005	2004	2003
Anzahl Betriebe	2	2	2
Anzahl Plätze (exkl. Methadon)	152	140	140
Anzahl Personen (inkl. Methadon)	166	164	145
Auslastung (in Prozenten)	93	107	97
Anzahl Patientinnen- und Patiententage	51 378	54 770	49 482

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IVTabelle 1 *Auszahlungen und Einnahmen der Zusatzleistungen*

	2005 SFr.	2004 SFr.	2003 SFr.
Ergänzungsleistungen	295 210 955	282 859 264	255 932 713
Beihilfen	29 805 916	29 575 228	29 534 569
Gemeindezuschüsse	38 916 760	38 841 537	37 483 426
Pflegekostenzuschüsse	5 941 669	4 970 356	3 739 898
Einmalzulagen	3 556 550	3 549 950	3 511 975
Total Auszahlungen	373 431 850	359 796 335	330 202 581
Bundesbeiträge	-22 193 315	-21 221 793	-19 575 787
Staatsbeiträge	-84 894 374	-81 460 923	-80 235 035
Prämienverbilligung	-69 948 704	-67 537 791	-54 412 838
Rückerstattungen	-14 326 376	-14 144 604	-15 241 895
Total Einnahmen	-191 362 769	-184 365 111	-169 465 555
Nettobelastung Stadt	182 069 081	175 431 224	160 737 026

Tabelle 2 *Laufende Fälle (Stichtag im Dezember)*

	2005	2004	2003
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 736	6 670	6 617
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	3 323	3 431	3 295
IV-RentnerInnen in Wohnungen	4 504	4 161	3 868
IV-RentnerInnen in Heimen	1 368	1 300	1 289
Total	15 931	15 562	15 069

Tabelle 3 *Durchschnittliche Zusatzleistung pro Fall*

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 256	1 245	1 182
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	2 283	2 306	2 133
IV-RentnerInnen in Wohnungen	1 453	1 452	1 412
IV-RentnerInnen in Heimen	2 839	2 768	2 606

Tabelle 4 *Durchschnittlicher Pflegekostenzuschuss pro Fall*

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
AHV-RentnerInnen in Heimen	985	983	916
IV-RentnerInnen in Heimen	836	834	795

Tabelle 5 Entwicklung der Beiträge für Lebensunterhalt

		2005	2004	2003
		Fr.	Fr.	Fr.
<i>Alleinstehende</i>				
Betrag Lebensunterhalt bei Ergänzungsleistungen		17 640	17 300	17 300
Erweiterung bei Beihilfen		2 420	2 420	2 420
Erweiterung bei Gemeindegzuschüssen		3 600	3 600	3 600
Lebensunterhalt Total	jährlich	23 660	23 320	23 320
	monatlich	1 971	1 943	1 943
Mietzinsbeiträge:	Maximalansatz pro Jahr laut kant. Gesetz	13 200	13 200	13 200
	Maximalansatz pro Jahr laut städt. Verordnung	2 100	2 100	2 100
<i>Ehepaare</i>				
Betrag Lebensunterhalt bei Ergänzungsleistungen		26 460	25 950	25 950
Erweiterung bei Beihilfen		3 630	3 630	3 630
Erweiterung bei Gemeindegzuschüssen		5 400	5 400	5 400
Lebensunterhalt Total	jährlich	35 490	34 980	34 980
	monatlich	2 957	2 915	2 915
Mietzinsbeiträge:	Maximalansatz pro Jahr laut kant. Gesetz	15 000	15 000	15 000
	Maximalansatz pro Jahr laut städt. Verordnung	2 100	2 100	2 100

Tabelle 6 Vermögensverteilung Einzelpersonen (Anteile in Prozenten)

		2005	2004	2003
		Fr.	Fr.	Fr.
<i>AHV- RentnerInnen</i>				
0 – 10 000		38,4	38,8	38,3
10 001 – 20 000		17,9	17,5	18,0
20 001 – 30 000		15,5	15,8	16,7
30 001 – 40 000		8,6	8,9	8,8
40 001 – 50 000		6,2	6,2	6,1
50 001 – 60 000		4,4	4,0	4,0
60 001 – 70 000		2,5	2,6	2,4
70 001 und mehr		6,6	6,2	5,6
Total		100,0	100,0	100,0
<i>IV-RentnerInnen</i>				
0 – 10 000		56,0	55,8	55,3
10 001 – 20 000		15,9	15,4	16,4
20 001 – 30 000		10,5	10,9	11,3
30 001 – 40 000		6,1	6,0	6,0
40 001 – 50 000		3,3	3,4	3,4
50 001 – 60 000		2,2	2,2	2,3
60 001 – 70 000		1,7	1,9	1,6
70 001 und mehr		4,5	4,4	3,8
Total		100,0	100,0	100,0

Soziale Dienste

Tabelle 1 Zahlungen gesetzliche, wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz SHG
(Sozialhilfe und Jugend- und Familienhilfe)

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
Grundbedarf Lebensunterhalt	86 396 690	86 158 371	78 066 144
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz	21 865 843	21 310 266	18 964 713
Wohnungs- und Nebenkosten	76 604 349	70 256 398	59 408 478
Medizinalkosten	20 334 617	18 748 476	16 224 541
Situationsbedingte Leistungen – allgemein	18 274 782	17 298 648	13 665 215
Situationsbedingte Leistungen – Integration Arbeitswelt	4 888 419	4 342 437	787 162
Situationsbedingte Leistungen – Platzierungskosten	62 656 876	62 646 402	53 687 348
Diverse Auslagen bei bedeckten Konti	788 159	577 594	577 269
Zwischentotal	291 809 734	281 338 592	241 380 869
Beiträge Krankenkassenprämien	34 595 334	30 736 459	26 210 872
Total	326 405 067	312 075 051	267 591 741

Tabelle 2 Zahlungen nach Heimatgruppen

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
Unterstützungen total			
Kanton Zürich (ohne Krankenkassenbeiträge)	67 248 318	67 326 498	56 041 604
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	87 961 546	84 468 316	74 735 061
mit Kostenersatz 100%	10 103 102	10 323 411	9 155 353
Ausland: kein Kostenersatz	77 254 153	70 612 163	58 254 859
mit Kostenersatz 100%	49 242 615	48 608 203	43 194 763
Total	291 809 734	281 338 592	241 381 641
Rückerstattungen Behörden			
Kanton Zürich (ohne Krankenkassenbeiträge)	-3 865 433	-3 245 841	-4 744 162
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	–	–	–
mit Kostenersatz 100%	-8 549 454	-9 024 437	-4 318 898
Ausland: kein Kostenersatz	–	–	–
mit Kostenersatz 100%	-41 584 555	-29 511 131	-32 832 275
Total	-53 999 442	-41 781 410	-41 895 335
Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen			
Kanton Zürich (ohne Krankenkassenbeiträge)	-15 487 561	-16 692 136	-14 852 084
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	-19 309 509	-21 635 416	-18 790 249
mit Kostenersatz 100%	-1 877 084	-1 694 845	-1 574 597
Ausland: kein Kostenersatz	-14 070 558	-14 949 626	-13 320 442
mit Kostenersatz 100%	-7 615 540	-7 872 631	-7 256 685
Total	-58 360 251	-62 844 654	-55 794 057
Rückerstattungen total			
Kanton Zürich (ohne transitorische Abgrenzungen)	-19 352 994	-19 937 978	-19 596 247
Zuständigkeitsgesetz: kein Kostenersatz	-19 309 509	-21 635 416	-18 790 249
mit Kostenersatz 100% (ohne trans. Abgrenzungen)	-10 426 537	-10 719 282	-5 893 494
Ausland: kein Kostenersatz	-14 070 558	-14 949 626	-13 320 442
mit Kostenersatz 100% (ohne trans. Abgrenzungen)	-49 200 094	-37 383 762	-40 088 961
Total	-112 359 693	-104 626 065	-97 689 392

Tabelle 3 Rückerstattungen (vereinnahmte Geldmittel)

	2005 Fr.	2004 Fr.	2003 Fr.
Behörden			
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländer	42 293 409	30 013 401	33 432 155
Heimatbehörden	8 406 524	8 825 869	4 418 198
Bund, Asylbewerber	3 299 509	2 942 140	4 044 982
Total (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrages)	53 999 442	41 781 410	41 895 335
Selbstzahler			
Rückzahlungen	3 183 893	2 267 828	2 129 287
Lohn- und Vermögensverwaltung	672 902	395 800	276 539
Erbabtretungen	364 350	401 274	216 415
Total	4 221 146	3 064 902	2 622 241
Verwandte			
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 611 847	2 540 210	2 206 635
Ehegattenalimente	352 578	373 607	357 283
Verwandtenunterstützung	1 026 122	1 144 012	803 617
Total	3 990 547	4 057 829	3 367 534
Sozialinstitutionen			
IV/BH	27 104 542	32 497 987	25 815 251
AHV/ABH	2 226 072	2 292 827	2 416 372
Arbeitslosenversicherung	5 451 562	6 832 128	8 069 438
Krankenkassen	6 322 637	5 501 320	4 818 880
SUVA	571 335	527 794	737 123
Militär- und andere Versicherungen	697 125	655 052	375 762
Kinderzulagen	268 315	246 328	220 832
Sozialamt, bevorschusste Kinderalimente	2 840 579	2 847 043	2 450 769
Pensionskassen, Renten	1 036 725	874 548	1 456 881
Öffentliche Verwaltungen, Stipendien	3 629 666	3 446 897	3 442 974
Total	50 148 559	55 721 924	49 804 282
Total Rückerstattungen	112 359 768	104 626 065	97 689 392

Tabelle 4 Kennzahlen Sozialhilfe

	2005	2004	2003
Anzahl neue Sozialhilfefälle (inkl. Wiederaufnahmen)	4 616	4 950	4 718
Durchschnittliche Anzahl Sozialhilfefälle mit Auszahlung pro Monat	9 131	8 342	7 161
Anzahl Sozialhilfefälle kumuliert	13 799	13 076	11 631
Anzahl abgeschlossene Sozialhilfefälle (Juli 2004 bis Juni 2005)	4 127	3 569	3 442
Durchschnittliche Sozialhilfequote (in Prozenten)	4,5	4,1	3,6
Kumulative Sozialhilfequote (in Prozenten)		6,3	5,6
Anteil der vom Team Arbeit betreuten Sozialhilfefälle (in Prozenten)	11,8	13,6	11,2
Infodona: Anzahl beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1 440	1 254	1 199
Infodona: Anzahl Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	2 942	2 758	2 931

Tabelle 5 Jugend- und Familienhilfe

	2005	2004	2003
Anzahl neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne Wiederaufnahmen)	684	661	670
Anzahl neuer Platzierungen in Heimen	157	141	147
Anzahl neuer Platzierungen in Pflegefamilien	8	13	20
Anzahl neuer Platzierungen in Tagesstrukturen	92	67	82
Anzahl Kleinkinderbetreuungsbeiträge	389	369	388
Anzahl Alimentenbevorschussungsfälle	1 805	1 802	1 779
Anzahl Schuldner Alimenteninkasso	3 420	3 231	3 238
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Heimen	430	436	435
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien	99	108	106
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen	166	152	126
Anzahl Platzierungen in Heimen (Umsatz)	624	593	589
Anzahl Platzierungen in Pflegefamilien (Umsatz)	122	130	136
Anzahl Platzierungen in Tagesstrukturen (Umsatz)	260	218	189
Jugend- und Familienhilfe: Anzahl Fälle	3 209	3 166	3 126
Jugend- und Familienhilfe: Anzahl abgeschlossene Beratungsfälle	794	836	857
Mütter-/Väterberatung: Anzahl erfasste Kinder	4 792	4 654	4 388
Mütter-/Väterberatung: Anzahl Beratungen	22 611	21 529	20 464
Jugendberatung: Anzahl beratene Personen	430	381	371
Jugendberatung: Anzahl Beratungsstunden	4 751	5 028	4 821
Schulsozialarbeit: Anzahl SchulsozialarbeiterInnen	36	26	17
Schulsozialarbeit: Anzahl betreute Schulhäuser	42	33	22
Pflegekinder: Anzahl neue beaufsichtigte Tagesverhältnisse	69	117	134
Pflegekinder: Anzahl beaufsichtigte Tagesverhältnisse* (Umsatz)	286	367	354
Pflegekinder: Anzahl mitfinanzierte Tagesverhältnisse (Umsatz)	93	98	–
Pflegekinder: Anzahl neue beaufsichtigte Pflegeverhältnisse	26	25	41
Pflegekinder: Anzahl beaufsichtigte Pflegeverhältnisse ** (Umsatz)	137	169	240
Pflegekinder: Anzahl mitfinanzierte Pflegeverhältnisse (Umsatz)	12	14	–
Kontaktaufnahmen mit den regionalen Kinderschutzgruppen	108	88	91

* Tagesverhältnisse, die durch den Tagesfamilienverein Zürich oder den Fachbereich Pflegekinder (FPK) betreut, aber alle durch den FPK beaufsichtigt werden.

** Wochen- und Dauerpflegeverhältnisse; ab 2004 ohne Adoptionspflegeverhältnisse.

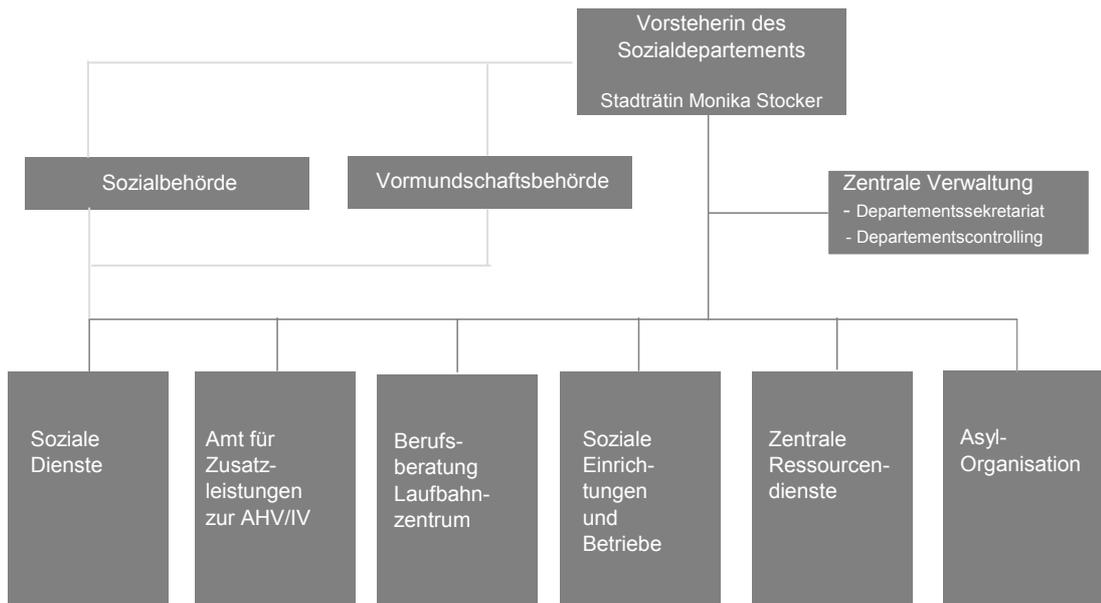
Tabelle 6 Vormundschaftliche Massnahmen

	2005	2004	2003
Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen: Erwachsene	338	388	299
Anzahl neue Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen: Kinder/Jugendliche	278	288	229
Anzahl Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen: Umsatz Erwachsene	2 812	2 761	2 651
Anzahl Fälle mit vormundschaftlichen Massnahmen: Umsatz Kinder/ Jugendliche	1 785	1 735	1 662
VM-Klientinnen/Klienten mit Vermögensverwaltung: Umsatz	705	678	555
VM-Klientinnen/Klienten mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch Rechtsdienst ZRD: Umsatz	261	195	195
Fälle mit Regelung Vaterschaft/Unterhalt (eilvernehmliche Fälle, Umsatz)	1 145	1 089	945
Anzahl begleitete private BetreuerInnen (Umsatz)	1 069	1 093	990

Tabelle 7 *Soziokultur und Gemeinwesenarbeit*

	2005	2004	2003
Erholung und Freizeit: Anzahl Öffnungsstunden der Begegnungsorte	21 652	22 165	18 315
Erholung und Freizeit: Anzahl Veranstaltungen	4 079	4 176	3 438
Erholung und Freizeit: Anzahl BesucherInnen von Veranstaltungen	114 677	125 503	119 414
Bildung, Kreativität, Kunst: Anzahl Bildungsangebote	5 494	8 394	8 599
Bildung, Kreativität, Kunst: Anzahl TeilnehmerInnen an Bildungsangeboten	71 273	94 715	85 389
Bildung, Kreativität, Kunst: Anzahl Supportstunden für Eigeninitiativen	18 342	19 950	19 237
Soziale Stadtentwicklung: Anzahl Projekte zur Gemeinwesenentwicklung	148	92	93

Organigramm des Sozialdepartements



Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2005)

Motionen und Postulate, welche vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)
 POS = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

I. Unerledigte

Gruppe S-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002256 2001/000595	25.08.1999 21.11.2001	Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.</p> <p><i>Der Stadtrat plant, auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier einen Schulhausneubau mit integriertem Quartierzentrum zu erstellen, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen würde. Das Areal Schütze ist in kantonalem Besitz. Stadt und Kanton sind sich über einen Landabtausch Areal Schulhaus Kornhausbrücke und Areal Schütze grundsätzlich einig geworden. Die Abklärungen des Kantons über die zukünftigen Standorte der Berufsschule und der HGKZ, welche das Kornhausareal als möglichen Standort für die Berufsschule einschliesst, sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Kanton hat aus diesem Grund bisher von der definitiven Löschung des Eintrags «Berufsschule», womit das Areal «Schütze» im Richtplan behaftet ist, abgesehen. Die Stadt hofft auf einen positiven Entscheid des Kantons per Anfang 2006. Sobald dieser eintrifft, kann die Stadt den Architekturwettbewerb für das Schütze-Areal wie geplant ausschreiben.</i></p>		
POS 2000/001797 2000/000455	20.09.2000 25.10.2000	Prelicz-Huber Katharina Kinder- und jugendgerechte Stadt, departementsübergreifendes Gesamtkonzept
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein departementsübergreifendes Gesamtkonzept für eine kinder- und jugendgerechte Stadt, das Situationsanalyse, Leitsätze und Massnahmen beinhaltet, erarbeitet werden kann.</p> <p><i>Die Arbeiten an den Grundlagen für ein Jugendkonzept sind weiter voran geschritten. Dabei zeichnet sich aufgrund einer breit geführten Diskussion mit Fachleuten der Verwaltung, kirchlicher und privater Trägerschaften ab, dass das Ziel einer kinder- und jugendgerechten Stadt weniger mit einem Gesamtkonzept im Sinne der Postulantin zu erreichen ist, sondern dass es eher darum gehen muss, einen kontinuierlichen Diskurs zum Thema Jugend zu sichern. Denn: Es gibt bereits zahlreiche und vielfältige Angebote von unterschiedlichen Trägerschaften. Auch ist sehr viel Wissen und ein grosser Schatz an Erfahrungen vorhanden. Daher steht keine grossangelegte Analyse mit umfassendem Massnahmenplan im Vordergrund. Dagegen sollen geeignete Gefässe und verbindliche Verfahren für die kontinuierliche Thematisierung von Fragen und Problemlagen im Bereich Kinder und Jugend eingerichtet werden. Dieser skizzierte Ansatz wird als vielversprechender, zielführender und ressourcenschonender beurteilt.</i></p>		
POS 2003/001777 2003/000254	02.07.2003 30.11.2005	Roth Mark (SP) Notschlafstelle für Minderjährige, niederschwelliges Angebot
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Stadt Zürich eine Notschlafstelle mit einem niederschweligen Betreuungs- und Triageangebot für minderjährige Jugendliche, welche den Sorgerechtsinhabenden kurzzeitig ihren Aufenthaltsort nicht bekannt geben möchten, eingerichtet werden kann. Die Sorgerechtsinhabenden sollen vorerst von den anwesenden Betreuungspersonen informiert werden, dass sich der/die Jugendliche in sicheren Verhältnissen befindet.</p>		

Gruppe S-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/000574 2004/000153	24.03.2004 02.06.2004	Brändle Galliker Anna Jugendarbeitslosigkeit, Massnahmenpaket zur Senkung
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einem geeigneten Massnahmenpaket die erschreckend hohe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen gesenkt werden kann. Dies soll durch eine Intensivierung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem städtischen Gewerbe und mit den in Zürich angesiedelten Grossfirmen sowie einer Erhöhung des städtischen Lehrstellenangebots erreicht werden.		
MOT 2004/000922 2004/000279	02.06.2004 01.09.2004	Müller Yvonne und 7 Mitunterzeichnende Zentrum Klus, Weiterführung
Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage für die Weiterführung des Zentrums Klus für die Stadt- und Quartierbevölkerung auszuarbeiten. Es soll geprüft werden, ob die Weiterführung auch mit einem geringeren jährlichen Betriebsbeitrag möglich ist als bisher.		
POS 2005/000547 2005/000165	20.04.2005 22.06.2005	Brändle Galliker Anna und Lauber Gerold Suchtprävention, Verstärkung bei besonders gefährdeten Jugendlichen
Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie die Suchtprävention bei besonders gefährdeten Jugendlichen verstärkt werden kann.		
POS 2005/000549 2005/000167	20.04.2005 22.06.2005	Recher Anja und Glättli Balthasar Cannabiskonsum, Reduktion bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Jugendliche und junge Erwachsene unterstützt werden können, die bereit sind, ihren Cannabiskonsum deutlich zu reduzieren bzw. zu beenden.		
POS 2005/000548 2005/000166	20.04.2005 22.06.2005	Bögle Heinz und Berthoud Rosemarie Designerdrogen, Ausbau der Sekundärprävention
Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich der Designerdrogen die Sekundärprävention ausgebaut und die Anzahl mobiler Drogentests erhöht werden kann. Dieser Ausbau sollte innerhalb des Sozialdepartements konstenneutral und ohne Stellenausbau erfolgen.		
POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge
Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, verstärkt die Mietverträge der Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen.		

II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für welche der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2001/000625 2001/000164	21.03.2001 22.05.2002	Fraktion Sozialdemokratische Partei Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

Zur letztjährigen Einschätzung haben sich keine wesentlichen Neuerungen ergeben. Die familienergänzende Betreuung im Frühbereich wurde in den letzten Jahren kontinuierlich und stark ausgebaut. Bei der Einreichung der Motion standen 2730 Betreuungsplätze in 119 Kindertagesstätten zur Verfügung. Per 1. Januar 2006 standen 3936 Betreuungsplätze in 157 Kindertagesstätten für rund 5900 Kinder zur Verfügung. Neu hat der Souverän an der Gemeindeabstimmung vom 5. Juni 2005 die familienergänzende Kinderbetreuung in der Gemeindeordnung verankert und dabei festgelegt, dass künftig die Mittel für die familienergänzende Betreuung jährlich im Rahmen des Voranschlags durch den Gemeinderat festgelegt werden. Der bisherige Rahmenkredit von 25 Mio. Franken für private Kindertagesstätten wurde im Jahr 2005 vollständig ausgeschöpft und der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 30. November 2005 zur Weisung 389 vom 21. September 2005 (GR Nr. 2005/374) einer zeitlich befristeten Übergangslösung und einer Erhöhung des Rahmenkredits auf 29 Mio. Franken im Jahr 2006 mit dem Schwerpunkt Zürich Nord zugestimmt.

Der in der Motion geforderte Ausbau des Angebots um 800 Betreuungsplätze ist bereits erfüllt und künftig wird der Gemeinderat die Mittel über den Voranschlag beschliessen. Damit kann die Motion abgeschrieben werden.

POS 2001/000970 2001/000249	09.05.2001 11.09.2002	Bertogg-Baudet Simone und 6 Mitunterzeichnende Familienzentren, Förderung in den Quartieren
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Familienzentren in Quartieren vermehrt gefördert und unterstützt werden können.

Zur letztjährigen Einschätzung haben sich keine wesentlichen Neuerungen ergeben. Das Sozialdepartement ist der Ansicht, dass den Familienzentren eine grosse Bedeutung zukommt und sie eine integrative Wirkung erzeugen. Das Konzept von erfolgreichen Familienzentren basiert aber auf der Eigeninitiative und dem Engagement der Eltern; dementsprechend kann die Stadt nicht selber Familienzentren einrichten. Wo jedoch eine Initiative zu einem Familienzentrum entsteht, wird dessen Aufbau und Betrieb nach Möglichkeit unterstützt.

Das Postulat kann damit abgeschrieben werden.

POS 2001/002469 2001/000658	19.12.2001 07.04.2004	Di Concilio Salvatore und 6 Mitunterzeichnende Kindertreff, Realisierung im Kreis 3
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein Kindertreff im Kreis 3, in der Umgebung des Schulhauses Aemtler, verwirklicht werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Legislatorschwerpunkt «Lebensqualität in allen Quartieren» hat der Stadtrat das Quartier Sihlfeld – in dem das Schulhaus Aemtler steht – in der zu Ende gehenden Legislatur zu einem Schwerpunktgebiet erklärt. Insbesondere wurde dabei die Situation der Kinder und Jugendlichen in dem durch stark befahrene Verkehrsachsen belasteten Quartier analysiert, und es wurden Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern ergriffen. Kinder wurden in partizipativen Prozessen zuerst nach ihren Bedürfnissen punkto Freizeitgestaltung befragt. Danach wurden Projekte wie z. B. «Spielinseln» initiiert, bei dem sich Kinder auf kreative Art mit ihrem Wohnumfeld auseinandersetzen. Zudem konnten permanente Angebote aufgebaut werden wie der Spielwagen für Kinder und der Popcorntreff auf der Fritschwiese, der Eltern mit Kindern Treffpunktmöglichkeiten bietet. Seit Herbst 2005 existiert zudem ein Mittagstisch für PrimarschülerInnen im ehemaligen Stadtküchelokal beim Schulhaus Aemtler, der gut angelaufen ist.

Aufgrund der diversen dezentralen neuen Angebote für Kinder im Kreis 3 – insbesondere rund ums Schulhaus Aemtler – soll aufs Einrichten eines Kindertreffs verzichtet werden.

Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2003/002625 2003/000441	19.11.2003 17.12.2003	Sozialdemokratische Partei-Fraktion und Freisinnig-Demokratische Partei-Fraktion und Grüne/AL-Fraktion und Christlichdemokratische Volkspartei, EVP-Fraktion Behinderte, Fachpersonen in Ämtern als Anlaufstellen für deren Anliegen

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, in all jenen Ämtern oder Verwaltungsabteilungen, deren Tätigkeit die Anliegen von Menschen mit einer Behinderung betreffen, eine Fachperson zu bezeichnen, welche als Anlauf- und Koordinationsstelle für diese Anliegen verantwortlich ist. Die Vernetzung zwischen diesen Stellen ist zu gewährleisten. Dies muss budgetneutral erfolgen.

Seit Januar 2005 existiert ein verwaltungsinternes Netzwerk von Delegierten aus allen Departementen, die sich in ihrem Zuständigkeitsbereich um Behindertenanliegen kümmern. Koordiniert wird dieses Netzwerk von einem Mitarbeiter der zentralen Verwaltung des Sozialdepartements, welcher die «Anlaufstelle für Behindertenanliegen» darstellt. Fachliche Beratung gewährleistet die «Behindertenkonferenz Zürich» (BKZ), die ihrerseits Anliegen von behinderten Menschen an die Stadtverwaltung über das Netzwerk in die Verwaltung einspeist. Die Departementsvertretungen treffen sich zweimal jährlich zum Austausch über fachliche und organisatorische Themen.

Das Begehren der Postulanten ist somit erfüllt und das Postulat kann abgeschrieben werden.

POS 2004/000614 2004/000164	31.03.2004 09.06.2004	Lauber Gerold und Leiser Albert Sozialdepartement, Aufwandverminderung für das Jahr 2005
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Nettoaufwand für die nicht durch kantonale oder eidgenössische Gesetze gebundenen Ausgaben im Sozialbereich mit dem Voranschlag 2005 gegenüber dem Voranschlag 2004 um 10 Millionen Franken vermindert werden kann. Damit soll mindestens ein Teil der steigenden Kosten bei den gebundenen Ausgaben und der Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen 04 des Kantons aufgefangen werden.

Die Kürzungen sollen bei folgenden Produktgruppen vorgenommen werden:

In erster Priorität

- Führungsunterstützung und Koordination
- Spezialaufgaben
- Soziokulturelle Begegnungsmöglichkeiten und Gemeinwesenentwicklung
- Drogenhilfe
- Ergänzende spezialisierte Beratungsangebote

In zweiter Priorität

- Wohnen und Obdach
- Soziale Integration

Der Gemeinderat ist zusammen mit dem Voranschlag über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Das Sozialdepartement hat, wie bereits mitgeteilt, das Nettoergebnis des ursprünglichen Voranschlags 2005 um insgesamt 8,9 Mio. Franken verbessert (Aufwandminderung Soziale Einrichtungen und Betriebe 5,2 Mio. Franken; Mehrerträge Laufbahnenzentrum 0,5 Mio. Franken; Aufwandminderung Soziale Dienste Fr. 3,2 Mio. Franken).

Das Postulat bezieht sich auf das abgelaufene Rechnungsjahr 2005, ist weitgehend erfüllt und kann abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	07.04.2004	Recher Anja und Herzig Muriel
2004/000716	23.06.2004	Soziale Dienste, Schaffung zusätzlicher Stellen
2004/000202		

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Schaffung zusätzlicher Stellen in den Sozialen Diensten auf die steigenden Fallzahlen in der Sozialhilfe reagiert werden kann. Mit der Massnahme soll der Überlastung der MitarbeiterInnen in der Fallbearbeitung entgegengewirkt sowie der Qualitätsstandard erhalten werden.

Der Stadtrat hat der Fallzahlenentwicklung in der Sozialhilfe angemessen Rechnung getragen. Er beschloss am 18. Mai 2005 auf den Antrag der Vorsteherin des Sozialdepartements die Schaffung von 15 zusätzlichen Stellen in den Sozialen Diensten. Es handelte sich um einen Dringlichkeitsbeschluss; das Zusatzkreditbegehren der 1. Serie wurde vom Gemeinderat bewilligt. Es wurden neu fünf Stellen für Sozialarbeiter/innen und zehn Stellen für Sachbearbeiter/innen geschaffen. Dadurch konnte die Belastungssituation für die Mitarbeiter/innen in den Sozialen Diensten merklich entspannt werden. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.
